Interview mit Unions-Fraktionschef Volker Kauder ... S. 7

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com
G 1480
1/2
2013

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK
Dritte industrielle Revolution

UNTERNEHMEN
Die Betriebsrente für den Chef

DATENSCHUTZ
Hausaufgaben für KMU

WER DIE ZECHE ZAHLT

Bei uns geht Ihre Spende garantiert nicht unter!

Die Seenotretter

DIE SEENOTRETTER
DGzRS

Bitte spenden auch Sie!

Spendenkonto 107 2016 | BLZ 290 501 01
Sparkasse Bremen | **www.seenotretter.de**

Wir bedanken uns für die kostenlose Veröffentlichung unserer Anzeige.

.... UND NOCH 'NE UMLAGE

„Wir müssen endlich das EEG ersetzen"

Drei Dinge zur Klarstellung vorab:

1. **Wir akzeptieren den Ausstieg aus der Kernenergie.**
2. **Wir wollen den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien.**
3. **Die MIT sagt Ja zur Energiewende, aber mit Mitteln der Sozialen Marktwirtschaft – Planwirtschaft lehnen wir ab.**

Deswegen muss das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) reformiert werden. Die Einspeisevergütungen müssen schnellstens gesenkt werden und der Einspeisevorrang muss weg. Denn das führt uns auf direktem Weg in die Planwirtschaft. Wo das endet, haben wir gesehen.

Eins ist unstreitig: Energie muss umweltfreundlich, sicher und bezahlbar sein. Aber gerade Letzteres ist durch das EEG in Frage gestellt. Seit Beginn des Jahres wird die Einspeisevergütung von 3,6 Cent je Kilowattstunde auf 5,277 Cent erhöht. Damit nicht genug. Mit dem EEG schlittern wir von einer Umlage in die nächste. „Denn es ist eben der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, Böses muss gebären."

- Mit dem im EEG verankerten Einspeisevorrang müssen die Erneuerbaren vor allen anderen Energiearten ins Netz kommen, unabhängig davon, wie viel sie kosten und was gerade der Marktpreis ist. Da die erneuerbaren Energien aber nicht die Stabilität der Netze garantieren können, müssen wir herkömmliche Kraftwerke vorhalten, die im Notfall einspringen (sogenannte „Kaltreserve"). Dafür, dass wir diese Kraftwerke vorhalten, müssen wir die Auslagen dieser Kraftwerke für die restliche Jahreszeit ersetzen. Wie? Mit einer Umlage!
- Sogenannte „systemrelevante" Kraftwerke dürfen trotz mangelnder Wirtschaftlichkeit nicht mehr stillgelegt werden. Wie werden die Kosten für ein solches „Stilllegungsverbot" aufgebracht? Natürlich mit einer Umlage!
- Große Stromverbraucher sind so nett, und schalten in Notzeiten den Strom ab, damit die Netze nicht zusammenbrechen („abschaltbare Lasten"). Dafür bekommen sie eine Entschädigung. Wie bringen wir das Geld dafür auf? Natürlich mit einer Umlage.
- Die Netzbetreiber sehen sich Schadensersatzansprüchen ausgesetzt, weil die Windproduzenten ihren Offshore-Park nicht rechtzeitig anschließen können. Wer zahlt das? Der ganz normale Stromverbraucher – wieder mit einer Umlage.

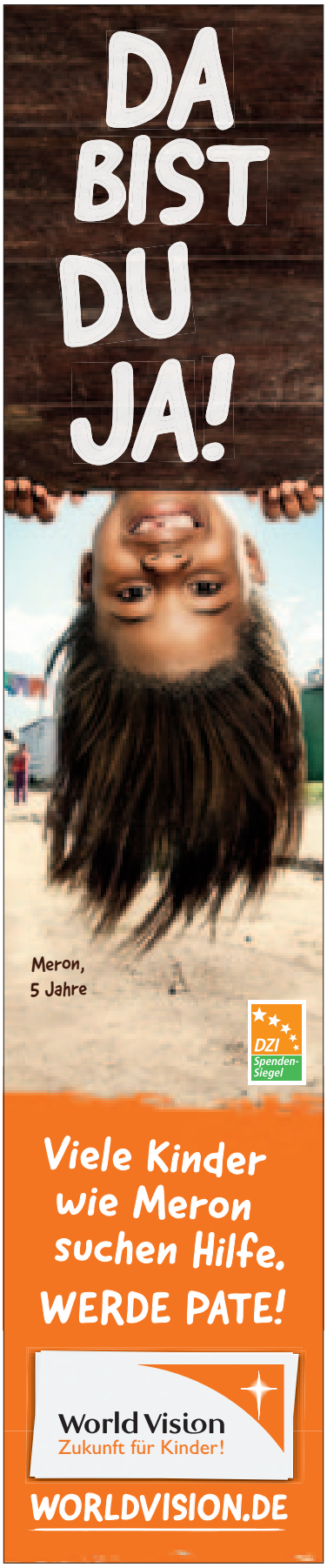
Wir zahlen also neben der bereits um 46,91 Prozent erhöhten Einspeisevergütung für die „Kaltreserve", wir zahlen für die sogenannten „Stilllegungsverbote", wir zahlen für die „abschaltbaren Lasten", und wir zahlen für die Milliarden Risiken der großen Windparks – für alles und jedes eine Umlage!

Ich frage mich: Wen oder was wollen wir als nächstes umlegen?
So wie die Begeisterung für den Tannenbaum in diesen Tagen abnimmt, so geht auch die Euphorie für die Energiewende langsam verloren.

Wir müssen vom EEG runter, sonst drückt der Strompreis den Mittelstand – und damit uns alle – an die Wand. Auch der Mittelstand ist „systemrelevant"!

In der MIT-Kommission Energie und Umwelt diskutieren wir zurzeit, was wir an die Stelle des EEG setzen sollen. Denn wir wollen unserem Programmsatz („verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien") gerecht werden.

Dieter Bischoff ist stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/ CSU



DIE SEITE-4-KARIKATUR ▶

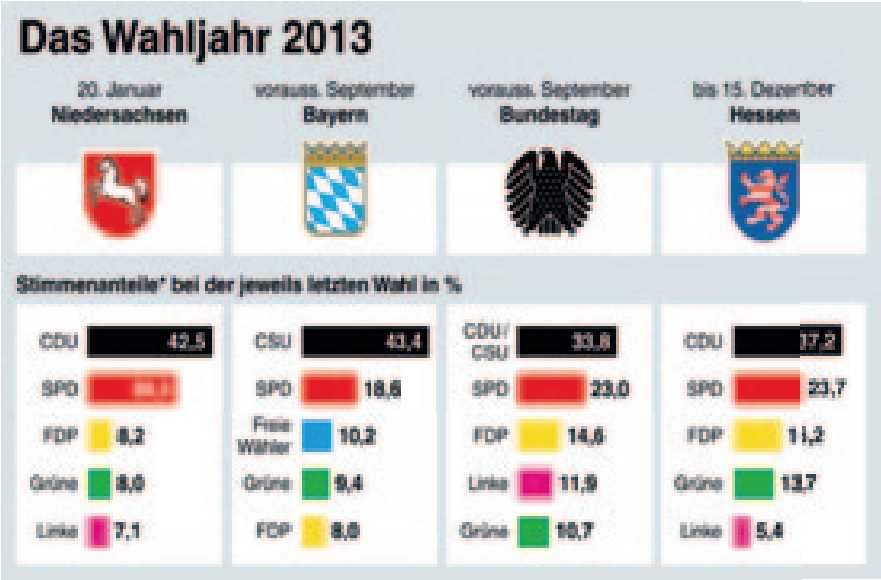
AUF'S FALSCHE PFERD GESETZT?

Ergebnis der Niedersachsen-Wahl am 20.1.2013

CDU	36,0 % (-6,2)
SPD	32,6 % (+2,3)
Grüne	13,7 % (+5,7)
FDP	9,9 % (+1,7)

KURZANALYSE

- 12. verlorene Landtagswahl für die CDU in Folge
- 4. verlorener Ministerpräsident seit 2010 in Folge (NDS, SH, BW, NRW)
- Merkels und McAllisters Popularität haben der CDU nicht geholfen
- Profil der CDU zieht nicht – konturlos, verwaschen, wenig überzeugend
- Abermals konnte die CDU keine neuen Wählerkreise erschließen, sondern musste trotz höherer Wahlbeteiligung hohe Verluste hinnehmen



- Neben den 100.000 Leihstimmen an die FDP verlor die CDU 50.000 Stimmen an SPD und Grüne
- Ein Blick auf die Bundestagswahl: Die Aussichten für ein neues schwarz-gelbes Bündnis, ob mit oder ohne Leihstimmen, stehen schlecht, die Chancen für Rot-Grün sind deutlich gestiegen, eine neue große Koalition – das mutmaßliche Ziel vieler in der Unionsführung – ist weiter möglich, eine Regierungsmehrheit (z. B. SPD, Grüne und Linke) ohne die Union ist realistischer geworden

POLITIK

3 EDITORIAL
Dieter Bischoff, stellv. MIT-Bundesvorsitzender, fordert den Ersatz des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG)

7 „Unsere Bilanz ist gut“
Interview mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, erschienen im Magazin FOCUS

8 Geringverdiener und der Mittelstand zahlen die Zeche der Energiewende
Die Energiewende, die nicht wenige Menschen für undurchdacht und überstürzt halten, verursacht zunehmend höhere Kosten. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft kritisiert vor allem die Wirkungen des EEG

11 Eine dritte industrielle Revolution für Europa
... fordert der Unions-Europaabgeordnete Herbert Reul in seinem Essay und ist der Meinung, dass man Schiefergas als Energiequelle nicht von vornherein ausschließen sollte

14 Unternehmen wollen ihr Darlehen zurück
Vor allem mittelständische Betriebe stöhnen unter der bürokratischen Last der von der großen Koalition eingeführten Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge. Sie wollen jene 20 Milliarden Euro zurück, die sie dem Staat als Darlehen geliehen haben

UNTERNEHMEN

16 Betriebliche Altersversorgung
Bekanntlich ist jeder Unternehmer selbst dafür verantwortlich, sich eine ausreichende Rente aufzubauen. Die betriebliche Altersversorgung ist eine Möglichkeit, für das Alter vorzusorgen

18 Lebensversicherungen – auch in Krisenzeiten eine gute Rendite
Interview mit Friedrich Bohl, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater

SERVICE

22 Zehn Hausaufgaben im Datenschutz
In mittelständischen Unternehmen ist der Datenschutz hin und wieder etwas unterentwickelt. Wir sagen Ihnen, worauf Sie achten sollten

23 Friseur auf dem Trockenen
Darf ein Vermieter Strom und Wasser abstellen?

25 Für Sie gefahren
Hyundai ix35 – der Konkurrent des VW Tiguan offenbart erstaunliche Fähigkeiten und Vorteile

26 Für Sie gelesen
Bücher für Freiberufler, Politiker und Konfliktlöser

27 Recht im Gespräch
Rechtsfälle aus dem Alltag für Sie aufbereitet

MIT-INSIDE

28 MIT-Inside
Berichte aus den Regionalverbänden

30 MU-Inside
Starkes Bayern, starker Mittelstand

32 Namen sind Nachrichten

34 Baustelle Berlin

34 Impressum

„UNSERE BILANZ IST GUT“

CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder im Interview

Herr Kauder, Angela Merkel hat ja zuletzt gesagt: „Gott hat die FDP vielleicht nur erschaffen, um uns zu prüfen.“ Freuen Sie sich schon, dass die Prüfung in neun Monaten vorbei ist?
Volker Kauder: Ach, die Aussage der Kanzlerin war doch ironisch. Sie hat sich auf eine Satiresendung bezogen. Wir arbeiten sehr gut mit der FDP zusammen und wollen die Koalition fortsetzen.

Was spricht dafür?
Kauder: Deutschland steht hervorragend da. Das ist das Verdienst von fleißigen Arbeitnehmern und risikofreudigen Unternehmern, aber auch Ergebnis einer richtigen Politik. Unsere Bilanz ist gerade vor dem Hintergrund der schwierigen Euro-Staatsschuldenkrise wirklich gut. Mit einem Wachstum um ein Prozent sind wir weltweit in einer Spitzengruppe. Wir haben die höchste Beschäftigung seit 1990. In vielen Ländern Europas raubt die Jugendarbeitslosigkeit Millionen jungen Leuten die Perspektive. Andere schauen bei uns, wie wir es machen.

Wenn es so toll läuft mit den Liberalen: Raten Sie zu einer klaren Koalitionsaussage?
Kauder: Ich rate zu einer eindeutigen Koalitionsaussage zu Gunsten der FDP. Wir haben mit den Liberalen die größten Gemeinsamkeiten. Die Grünen haben erklärt, dass sie mit uns nichts zu tun haben wollen. Eine souveräne Volkspartei darf denen nicht nachlaufen. Es gibt auch keinen Anlass, denn die Grünen passen nicht zu uns.

Auch die SPD will nicht mit Ihnen koalieren. Fühlen Sie sich wie das Kind auf dem Schulhof, mit dem keiner spielen will?
Kauder: Es geht nicht um Spielen, sondern um eine ernste Aufgabe. Peer Steinbrück hat sich vor den Linken zu Boden geworfen und vertritt jetzt ein linkes Programm. Die bürgerliche Mitte ist ihm gleichgültig. Gerade für die Zukunft Europas ist eben nicht egal, wer in Berlin regiert. Die anderen wollen zum Beispiel Euro-Bonds. Wir nicht. Wir stehen für finanzpolitische Solidität. Was die SPD gerade macht, ist unverantwortlich.

Sie regieren, und die SPD ist schuld?
Kauder: Es ist mies, dass die SPD im Bundesrat das Steuerabkommen mit der Schweiz torpediert hat. Ich finde es schäbig, dass eine Partei aus rein taktischen Überlegungen den Menschen das verweigert, was ihnen zusteht.

Aber begünstigt das Steuerabkommen nicht reiche Leute, die dem Staat verweigern, was des Staates ist?
Kauder: Im Gegenteil. Tausende, die ihr Geld in die Schweiz verschoben haben, kommen ungeschoren davon, weil ihre Vergehen verjähren. Sie müssen gar nichts zahlen. Natürlich werden wir den Bürgern auch sagen, dass sie sich bei SPD und Grünen bedanken können, wenn die Steuer ihre Einkommenserhöhungen zum großen Teil wieder auffrisst. Denn unsere Vorschläge zur Abflachung der kalten Progression sind ja im Bundesrat abgeschmettert worden. Das trifft vor allem die fleißige Mittelschicht.

Volker Kauder

Manchmal könnte man denken, die Union hat ein Frauenproblem.
Kauder: Wieso das denn?

Die Unions-Frauen erleben Niederlagen in Serie. Die meisten waren gegen das Betreuungsgeld - jetzt kommt es. Die meisten waren für die Frauenquote - die gibt es nicht. Sie wollen höhere Mütterrenten - das wird schwierig ...
Kauder: Die CDU hat die starke Frau Europas an ihrer Spitze. Da ein Frauenproblem zu diagnostizieren ist schon seltsam. Wir sollten nicht über Siege und Niederlagen reden, sondern darüber, was nötig ist, um dieses Land voranzubringen.

Der Finanzminister begründet sein Nein zu Rentenverbesserungen auch mit den Hilfen für Griechenland. Wollen Sie jetzt bei unpopulären Entscheidungen immer sagen: „Bedankt euch in Athen“?
Kauder: So hat Wolfgang Schäuble die Verbindung nicht hergestellt! Das wäre auch nicht richtig. Denn von der Stabilisierung des Euro haben alle Bürger etwas. Wir werden den Kurs „Solidarität mit Gegenleistung“ konsequent fortsetzen.

Mit Volker Kauder sprach Margarete van Ackeren, erschienen im Magazin FOCUS vom 17.12.2012 (gekürzte Fassung)

Die Lasten aus dem EEG wachsen schneller und schneller. Der Mittelstand fordert einen Ersatz dieses Gesetzes, und zwar nach marktwirtschaftlichen

GERINGVERDIENER ZAHLEN DIE ZECHE

Die Energiewende hat in den vergangenen Jahren immer höhere Kosten verursacht. Entsprechend ist auch die Umlage für den Strom aus erneuerbaren Energien kräftig gestiegen. Die Zeche zahlen die Stromverbraucher – allen voran die einkommensschwachen Haushalte – aber auch der Mittelstand.

Spätestens seit der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 sind sich die Politiker in Deutschland grundsätzlich einig, dass die Energieversorgung weitgehend auf kohlendioxidarme und insbesondere auf erneuerbare Energien umgestellt werden soll.

Würde die Energiewende nur nach dem Kriterium „viel Ökostrom gleich großer Erfolg“ bewertet, gäbe es Anlass zum Jubeln. Denn rund ein Viertel des Stroms stammt inzwischen aus erneuerbaren Energien. Auch die Technik der Windkraft-, Solar- und Biomasseanlagen hat sich weiterentwickelt, sodass deren Preise gesunken sind. Das gilt vor allem für die Photovoltaik: Solaranlagen waren Mitte 2012 bei gleicher Leistung zwei Drittel billiger zu haben als Anfang 2006. Gemessen an diesem Preisverfall hat die Bundesregierung die Fördersätze für neue Photovoltaikanlagen gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in den vergangenen Jahren zu zögerlich reduziert. Betrachtet man für alle erneuerbaren Energien die durchschnittliche Förderung der bestehenden Anlagen, so sind die Sätze bis zuletzt sogar stetig gestiegen *(siehe Grafik)*: Die nach den Vorgaben des EEG durchschnittlich gezahlte Vergütung je Kilowattstunde Strom hat sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt – auf gut 18 Cent.

Umlage steigt und steigt

Das lag unter anderem am starken Zuwachs bei der Photovoltaik sowie am kräftigen Ausbau der kleinen, hoch subventionierten Biomasseanlagen. Damit sind die aus dem EEG resultierenden zusätzlichen Kosten für die Energieerzeugung von knapp einer Milliarde Euro im Jahr 2000 auf fast 13 Milliarden Euro 2011 gestiegen. In der Schlussbilanz des Jahres 2012 dürften sie noch deutlich höher ausfallen. Demzufolge wurde auch die Umlage, die die Stromverbraucher zur

Fotos: alle pixelio.de, Petra Bork, Philipp Pohlmann, Wolfgang Weichelmeier

Prinzipien, nicht länger nach planwirtschaftlichen

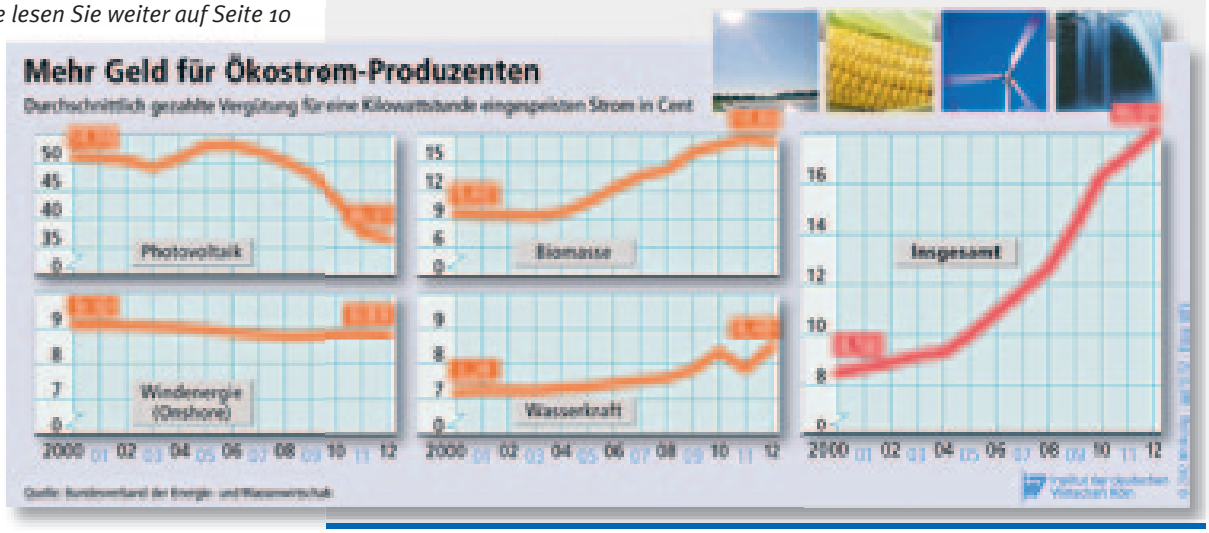
Finanzierung der Energiewende zahlen müssen, drastisch erhöht – von 0,2 Cent je Kilowattstunde auf 5,3 Cent seit Jahresanfang 2013.

Dass die EEG-Umlage von den Stromkunden und nicht aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert wird, führt zudem zu einer deutlichen Umverteilung von Arm zu Reich. Zwar verbrauchen wohlhabende Haushalte im Schnitt

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 10

DIE EEG-FÖRDERPOLITIK

Seit dem Jahr 2000 fördert die Bundesregierung mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz die Stromerzeugung aus regenerativen Quellen wie Sonne, Wind und Biomasse. Für jede Kilowattstunde Ökostrom erhalten die Produzenten in der Regel 20 Jahre lang eine feste Einspeisevergütung, die meist über dem Marktpreis liegt und deren Höhe von der eingesetzten Technologie und Anlagengröße abhängt. Die Netzbetreiber wiederum verkaufen diesen Strom an der Strombörse zu – niedrigeren – Marktpreisen. Die Differenz zwischen der EEG-Vergütung und dem Marktpreis wird per Umlage auf die Verbraucher abgewälzt, lediglich energieintensive Unternehmen sind befreit.



etwas mehr Strom als ärmere. Im Vergleich zu den Einkommen ist der Unterschied jedoch gering. So ist das mittlere Nettoeinkommen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung über sechsmal so hoch wie das Einkommen der ärmsten zehn Prozent. Die Stromrechnung des oberen Einkommenszehntels ist aber nur um rund ein Viertel höher.

Energiewende belastet vor allem die Ärmeren

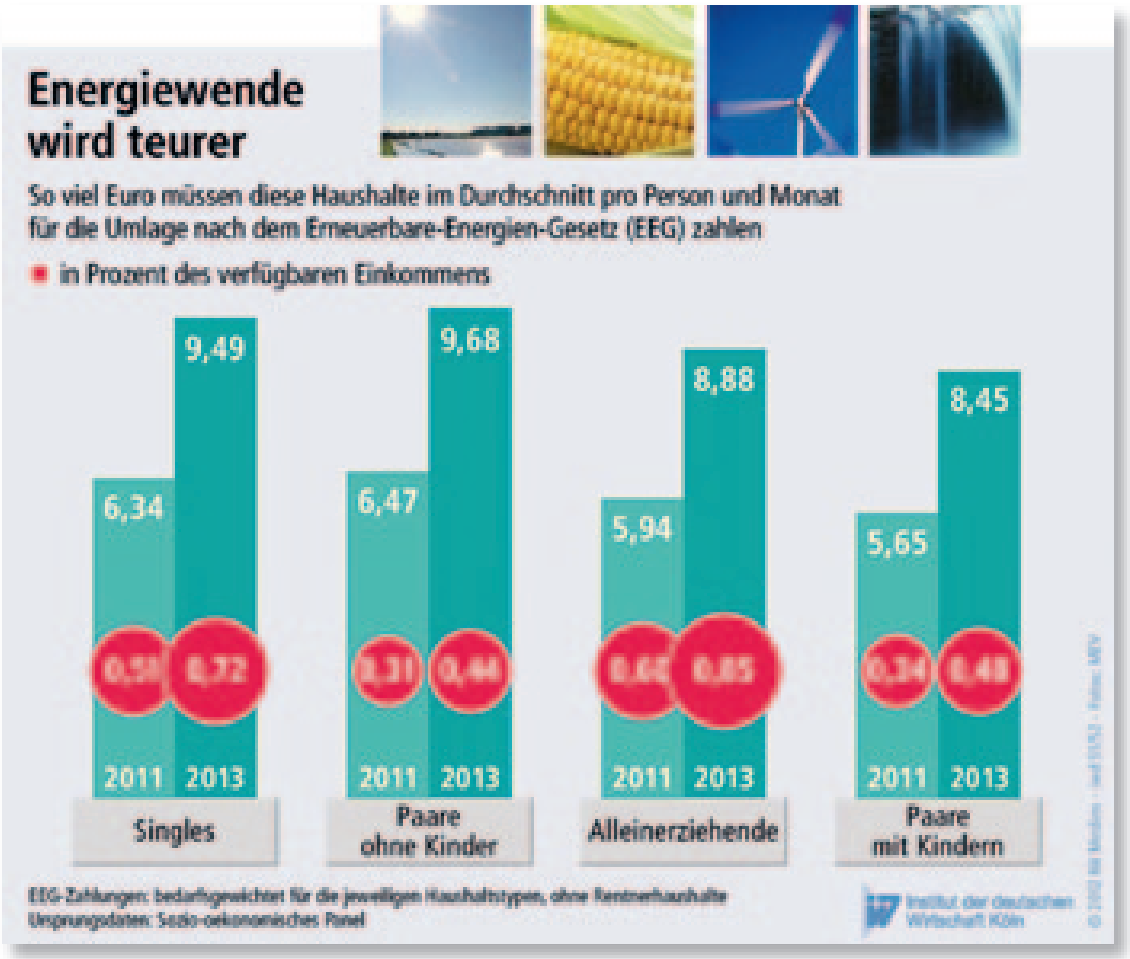
Entsprechend verhält es sich auch mit der EEG-Umlage. Derzeit zahlt jede Person in den ärmsten zehn Prozent der deutschen Haushalte pro Monat knapp sechs Euro, in den wohlhabendsten Haushalten sind es 7,20 Euro. Im Jahr 2013 werden monatlich 8,75 Euro bei den Armen und 10,75 Euro bei den Reichen fällig. Damit ist die relative Belastung für Geringverdiener besonders hoch.

In diesem Jahr müssen die ärmsten zehn Prozent der Haushalte im Schnitt gut 1,3 Prozent ihres Einkommens für die EEG-Finanzierung aufwenden, bei den reichsten Haushalten sind es nur rund 0,2 Prozent. Dieses Gefälle zeigt sich auch beim Blick auf verschiedene Haushaltstypen *(siehe Grafik)*. So werden Alleinerziehende, die oft nur ein geringes Einkommen erzielen, von der EEG-Umlage besonders stark belastet. Verstärkt wird diese Umverteilung noch dadurch, dass die privaten Betreiber von Solaranlagen meist zu den wohlhabenden Haushalten gehören – und die bekommen das Gros der Fördermittel.

STAAT KASSIERT MIT

41 Millionen deutsche Haushalte zahlen im Jahr 2013 mit der durchschnittlichen Preiserhöhung von 13 Prozent knapp 18 Milliarden Euro mehr für Strom. Darauf werden 3,4 Milliarden Euro Mehrwertsteuer fällig. Dies meldete dpa unter Berufung auf den MIT-Energieexperten Günter Reisner. Allein die Mehrwertsteuer schlägt im Durchschnitt mit 82 Euro pro Haushalt und Jahr zu Buche. Reisner schlug vor, den Verbrauchern diese Steuermehreinnahmen zu erstatten, um die Akzeptanz der Energiewende zu erhöhen.

G.K.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Autoren Bardt/ Niehues/ Techert: „Die Förderung erneuerbarer Energie in Deutschland“, IW-Positionen Nr. 56, Köln 2012, 54 Seiten, www.iwmedien.de

Siehe auch in diesem Magazin Seite 3 Editorial

Eine dritte industrielle Revolution in Europa steht an

WIR BRAUCHEN SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIE

Von Herbert Reul, MdEP

Ein starker industrieller Mittelstand ist der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg. Wir in Deutschland wissen das schon lange. Viele unserer Nachbarn beneiden uns für die breit gefächerte Struktur unserer Industrie, die sich vor allem durch einen starken Mittelstand auszeichnet. Seit einigen Jahren klopfen uns vor allem unsere Freunde aus Großbritannien auf die Schulter.

Briten fallen zurück

In den fünfziger Jahren gehörte die Insel mit 25 Prozent zu den größten globalen Exporteuren – heute liegt der Anteil des Landes an den globalen Industrieexporten bei weniger als drei Prozent. Der einstige Industrieriese ist zum Zwerg geschrumpft. Der Staat hat auf moderne Dienstleistungen wie die Finanzrechenmodelle gesetzt. Wohin das geführt hat, haben wir in der Finanzkrise gesehen. Dieses Schicksal soll Europa nicht ereilen: Die EU-Kommission hat in ihrer letzten Mitteilung zur Industriepolitik verkündet, dass der Anteil der Industrieunternehmen am EU-weiten Bruttoinlandsprodukt bis 2020 von heute etwa 15 auf 20 Prozent angehoben werden soll. Dies ist ein wichtiges Bekenntnis zum Industriestandort Europa und ein ambitioniertes Ziel, das sich zu verfolgen lohnt!

Zurzeit wird die Industrie durch hohe Lohnstückkosten, fehlende Flexibilität am Arbeitsmarkt, scharfe Regulierungen und einen zunehmenden Mangel an Fachkräften geschwächt. Dies soll sich in Zukunft ändern. Mit mehr Investition in Forschung, vereinfachten Finanzierungsmöglichkeiten, qualifizierteren Bewerbern, und einen verbesserten Zugang zu den Märkten soll die Industrie in Europa gehalten werden. Diese guten Ansätze dürfen aber nicht in Schall und Rauch aufgehen, sondern müssen schnell in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren: die starke Konkurrenz aus China, Indien und Brasilien steht schon längst vor unserer Tür.

Schlüssel Energiepreise

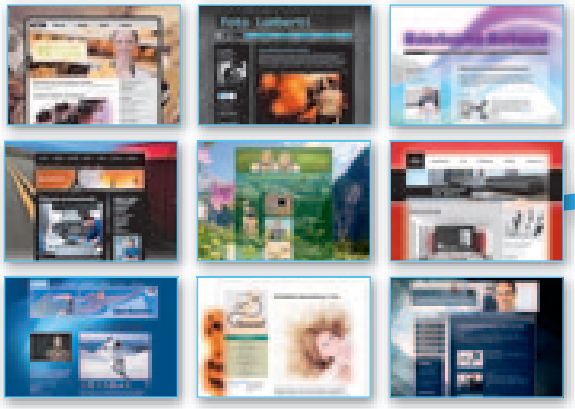
Die Europäische Kommission legt sich und der Industrie auf diesem Weg jedoch mit immer neuen, schärferen Vorgaben für den Klimaschutz selbst Fußfesseln an. Bei dem Versuch, der Welt beizubringen wie man den Klimawandel bekämpft, wird zu oft die eigene industrielle Wettbewerbsfähigkeit vergessen. Unser industrieller Mittelstand konkurriert auf dem Weltmarkt größtenteils mit Unternehmen, die solche Zusatzkosten nicht kennen. Bevor neue Regelungen eingeführt werden, sollte man eine ernsthafte Folgenabschätzung durchführen. Beispiel Energiepreis: Häufig ist Energie der größte Kostenfaktor bei der Produktion. Sinkt der Preis, steigt die Wettbewerbsfähigkeit. In den Vereinigten Staaten lässt sich genau dies derzeit beobachten. Noch vor kurzem beklagte man die zunehmende Deindustrialisierung, heute kündigen selbst industrielle Riesen wie der Computerhersteller Apple an, neue Fabriken in der Heimat zu eröffnen. Der Grund ist einfach: Gas. Durch die neuen Gasfunde in Schiefergasgesteinen ist der Energiepreis in den USA massiv gesunken, und es lohnt sich wieder zu investieren. Genau das brauchen wir auch in Europa!

Herbert Reul (60) ist Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

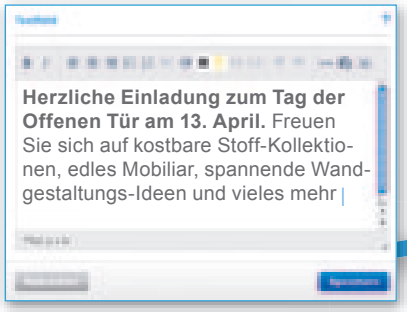
Deshalb muss man die aktuelle Debatte um Schiefergas in Europa mit Sorge betrachten. Klar, wir dürfen so manchen amerikanischen Fehler aufgrund laxer Umweltstandards nicht wiederholen, aber Schiefergas als Energiequelle von vornherein auszuschließen, wäre grob fahrlässig. Versorgungssicherheit muss ein Kernanliegen der europäischen Politik sein. Sonst lachen sich nicht nur die außereuropäischen Wettbewerber ins Fäustchen, sondern genauso Herr Putin, der weiter teures Gas nach Europa verkaufen kann. Um die Industrie in Europa zu halten, müssen wir einen bezahlbaren und stabilen Energiepreis gewährleisten, mit dem die Unternehmen langfristig rechnen können. Denn Europa ist nur so wettbewerbsfähig, wie es seine Unternehmen sind.

1&1 DO-IT-YOUR

Der professionelle Internet-Auftritt zum Selbermachen. Die ideale Lösung für Ihre Firma!



Homepage leicht selbst erstellen: Hunderte attraktive Designs zur Auswahl. Mit Text- und Bildvorschlägen für mehr als 200 Branchen.



Jederzeit online ändern: Texte einfach überschreiben oder einkopieren. Bilder blitzschnell einladen. Farben und Design ändern – alles mit wenigen Mausklicks.

1&1 Web Apps per Mausklick integrieren: Kleine Programme, die Ihrer Homepage noch mehr Funktionen bieten.

Internet made in Germany

* 1&1 Do-It-Yourself Homepage 30 Tage kostenlos testen. Kündigung im Testzeitraum jederzeit möglich. Danach z. B. 1&1 Basic-Paket 9,99 €/Monat (11,89 €/Monat inkl. MwSt.). 12 Monate Mindestvertragslaufzeit. Keine Bereitstellungsgebühr.

SELF HOMEPAGE

Auch mobil präsent:
Automatisch für Smartphone-Darstellung optimiert.

Viele Besucher:
Gute Platzierung in Suchmaschinen durch professionelle Suchmaschinen-Optimierung (SEO). Und einfache Verlinkung mit anderen Websites wie Facebook, Twitter oder YouTube...

Inklusive Internet-Adresse.
Neue Internet-Adresse wählen oder vorhandene Domain einfach umziehen.

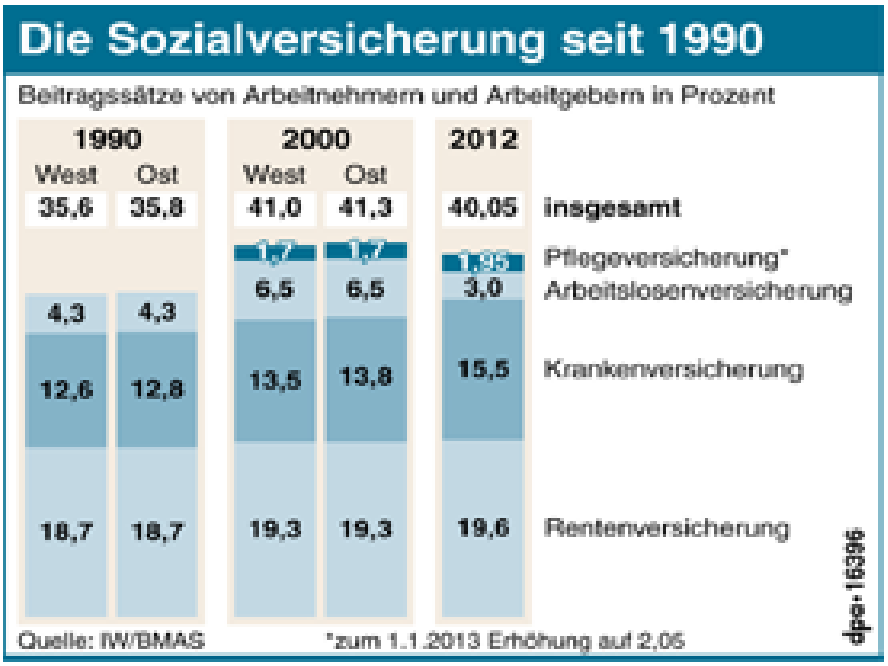
30 TAGE KOSTENLOS TESTEN!

Danach ab 9,99 €/Monat zzgl. MwSt.*

1&1

Jetzt informieren und bestellen:
0 26 02 / 96 91
0800 / 100 668

1und1.de



UNTERNEHMER WOLLEN IHR DARLEHEN ZURÜCK

Rücknahme der Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen

Die Rücknahme der 2006 von der großen Koalition eingeführten Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge fordern seit langem alle Verbände der mittelständischen Wirtschaft. Diese Regelung verpflichtet die Arbeitgeber, die SV-Beiträge für ihre Mitarbeiter bereits vor Monatsende zu zahlen – ein zinsloses Darlehen von 20 Milliarden Euro, aufgebracht von den Unternehmen, denen dadurch in gleicher Höhe Liquidität entzogen wird. Zu diesem Zeitpunkt ist aber die genaue Höhe der fälligen SV-Beiträge noch gar nicht bekannt. Die Vorfälligkeit entzieht den Betrieben nicht nur Liquidität, sondern führt bei ihnen und bei den Sozialkassen zu erhöhtem Aufwand und damit zu Kosten. Jede Abrechnung erfolgt jetzt doppelt: Einmal vor Monatsende als Schätzung und dann nach Monatsende als Korrekturrechnung. Diesen Unsinn sollte man schleunigst wieder abschaffen, meinen die Gremien der MIT und der Parlamentskreis Mittelstand der Unions-Bundestagsfraktion unisono.

In einem Brief wandte sich eine im Betrieb mit tätige Frau eines mittelständischen Unternehmers an Marie-Luise Dött, stellv. Vorsitzende des PKM und Mitglied des MIT-Bundesvorstandes mit einer praxisnahen Schilderung der Lohnabrechnungen, die auf Stundenbasis erfolgen:

„Ich möchte Ihnen die Termine einer Lohnbuchhaltung auflisten. Es bleibt zwischen den einzelnen Terminen nicht einmal zwei Wochen am Stück Zeit, um im Betrieb zu fehlen, ob durch „Kranksein“ oder „Urlaub“.

In den ersten vier Arbeitstagen eines Monats werden die Löhne und Gehälter gemacht. Bis zum 10. im Monat muss die Lohnsteuer gemeldet und bezahlt sein. Die Schätzungen/Meldungen der Sozialversicherung müssen zwischen dem 21. und 23. eines Monats (spät. fünftletzter Arbeitstag) gerechnet und an die Krankenkassen gemeldet werden. Die Zahlungen der Beiträge müssen zwischen dem 23. und 25. eines Monats laufen, so dass der Zahlungseingang bei den Krankenkassen am drittletzten Arbeitstag auf dem Konto verbucht ist. Da der Samstag und Sonntag kein Arbeitstag sind, verschieben sich die Tage ständig und man muss jeden Monat darauf achten, um nichts zu versäumen. Im Dezember z. B. ist der 24. und 31.12. kein Banktag/Arbeitstag. Rechnet man drei Arbeitstage zurück, müssen die Beiträge am 21.12. auf den Konten der Krankenkassen sein. Das bedeutet dass man am 17./18.12. die Meldungen berechnen und versenden und am 19.12. die Beiträge bezahlen muss.

Unternehmerin **Ruth Baumann** klagt über den Aufwand durch die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Bei den Zahlungen rechne ich inzwischen zwei Tage ein bis das Geld auf den Konten der Krankenkasse verbucht ist. Im Juli war ich privat ein paar Tage bis zum Donnerstag den 26.7. weg. Nachmittags ging ich noch ins Büro, machte die Meldungen und die Zahlungen, so dass das Geld am Freitag bei den Krankenkassen eingehen sollte. Dies funktionierte nicht. Das Geld ging erst am Montag dem 30.7. dort ein. Ich erhielt von 14 Krankenkassen Bescheide mit Säumniszuschlägen. Da mir dies in den letzten Jahren noch nie passiert ist, telefonierte ich mit allen Krankenkassen und bat um Erlass der Säumniszuschläge. Diese wurden mir tatsächlich von allen erlassen, da ich bisher immer pünktlich bezahlt hatte. Aber der Ärger und Zeitaufwand blieb an mir hängen.“

Kassen prall gefüllt

Eine mögliche Lösung des Problems sieht Ruth Baumann, Tiefbau-Unternehmerin und aktiv bei den Unternehmerfrauen im Handwerk in Baden-Württemberg, darin, eine 1/11-Regelung wie bei der Umsatzsteuer einzuführen oder automatisch die Vormonatswerte heranzuziehen. Eventuelle Schwankungen könne man innerhalb eines Jahres ausgleichen. Dass auch die jetzige Bundesregierung bei diesem Thema mauert, hält sie für kontraproduktiv mit Blick auf die Forderung nach Entbürokratisierung. Schließlich seien die Sozialkassen zurzeit prall gefüllt – eine Rückzahlung des 20-Milliarden-Darlehens an die Unternehmen also möglich, meint Ruth Baumann. *G. K.*

Elmo Hagendorf und Thomas Tänzer
Inhaber der Design-Hotels Lux 11 und The Weinmeister in Berlin-Mitte
Allianz Kunden seit 1992 bzw. 2008

Die betriebliche Altersversorgung der Allianz: Deutschlands Nummer 1.

Sie wollen, dass sich Ihre Mitarbeiter bei Ihnen wohl fühlen und gemeinsam mit Ihnen in die Zukunft blicken? Dann entscheiden Sie sich für die betriebliche Altersversorgung der Allianz. So profitieren Ihre Arbeitnehmer und Sie nicht nur von Steuervorteilen bzw. Sozialabgabenersparnissen, sondern auch von unserer langjährigen Erfahrung und ausgezeichneten Kompetenz sowie unseren hochqualifizierten Mitarbeitern und effizienten Services. Wir ermöglichen Ihnen eine Win-win-Situation, bei der Sie auf verwaltungsarmem Weg Ihre Mitarbeiter fördern und an sich binden. Vertrauen Sie bei Produkt und Partner auf die Allianz. Als Komplettanbieter verfügen wir über besondere Expertise in allen Formen der betrieblichen Altersversorgung. Weitere Informationen unter **www.business.allianz.de**

Allianz

Foto: Clipdealer.de

AUCH DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG PROFITIERT

Bekanntlich ist jeder Unternehmer selbst dafür verantwortlich, sich eine ausreichende Rente aufzubauen. Die betriebliche Altersversorgung ist eine Möglichkeit, für das Alter vorzusorgen. Wer dabei keine bösen Überraschungen erleben möchte, muss allerdings die Spielregeln genau beachten.

„Die betriebliche Altersversorgung für die Geschäftsführung macht grundsätzlich nur bei Kapitalgesellschaften Sinn", sagt Dr. Friedemann Lucius, Vorstand des auf das Thema betriebliche Altersversorgung spezialisierten Beratungshauses Heubeck in Köln. Für Gesellschafter von Personengesellschaften wie GbRs, OHGs oder KGs bringt eine betriebliche Altersversorgung keine nennenswerten Vorteile gegenüber einer privaten Absicherung. Geschäftsführer von GmbHs und AGs können dagegen von steuerlichen Vorteilen profitieren, denn für Betriebsrenten gilt bei entsprechender Ausgestaltung die nachgelagerte Besteuerung.

Niedrigen Steuersatz nutzen

Das bedeutet: In der Anwartschaftsphase sind die entsprechenden Aufwendungen steuerfrei, dafür muss die spätere Betriebsrente versteuert werden. „Da Geschäftsführer in der Regel gut verdienen, lohnt sich das, denn ihr Steuersatz ist in der Rentenphase meist deutlich geringer als in ihrer aktiven Zeit", erklärt Lucius. Wird die Zusage als Versicherung ausgestaltet, profitiert der Geschäftsführer außerdem von attraktiven Vertragskonditionen, wenn sein Unternehmen günstige Gruppentarife ausgehandelt hat.

Renditegesichtspunkte sollten nach Auffassung von Dr. Friedemann Lucius dagegen nicht das primäre Entscheidungskriterium sein: „Es handelt sich bei der betrieblichen Altersvorsorge nicht um einen reinen Sparprozess. Vielmehr sollen grundlegende Lebensrisiken wie beispielsweise das Langlebigkeits- oder Invaliditätsrisiko abgesichert werden. Deshalb kann man die Renditen nicht mit denen reiner Anlageprodukte vergleichen."

Mehrheits- oder Minderheitsgesellschafter?

Bei der Ausgestaltung der Versorgungszusagen muss man grundsätzlich zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaftern unterscheiden. Die Einordnung hängt von der Verteilung der Anteile im Unternehmen ab und muss individuell geprüft werden. „Versorgungszusagen für Minderheitsgesellschafter fallen normalerweise in den Schutzbereich des Betriebsrentengesetzes", erklärt Ursula Schmauck, ausgewiesene Expertin für Gesellschafter-Geschäftsführer-Zusagen bei Heubeck. Relevant in diesem Zusammenhang sind insbesondere die Regelungen zum gesetzlichen Insolvenzschutz, zur Unverfallbarkeit der Anwartschaften sowie zur Dynamisierung der Betriebsrente. „Mehrheitsgesellschafter dagegen fallen nicht unter das Gesetz, müssen solche Punkte also in ihrer Versorgungszusage ausdrücklich regeln", so die Expertin. Ansonsten erhält der Gesellschafter, anders als ein normaler Arbeitnehmer, nämlich beispielsweise kein Geld, wenn das Unternehmen insolvent wird.

Bei der Ausgestaltung der Versorgungszusage sollte man sich in jedem Fall beraten lassen, da Fehler später zu massiven Problemen führen können. Heikel ist beispielsweise das Thema Abfindung. Mehrheitsgesellschafter dürfen sich nämlich – im Gegensatz zu normalen Arbeitnehmern – eine Abfindung in ihrer Versorgungszusage vorbehalten. Eine solche Klausel sollte aber „wasserdicht" formuliert sein.

Fremdvergleich

In jedem Fall muss die Ausgestaltung der Versorgungszusage einem Fremdvergleich standhalten. „Leitfrage ist hier immer: Würde diese Vereinbarung auch mit einem Fremdgeschäftsführer so getroffen werden?“ erklärt Friedemann Lucius. Nur wenn diese Frage klar mit „Ja“ beantwortet werden kann, gelten die Aufwendungen des Unternehmens im Zusammenhang mit der Zusage als betrieblich veranlasst und werden steuerlich anerkannt. Dabei überprüft das Finanzamt unter anderem die folgenden Punkte:

Bei der Ausgestaltung der Versorgungszusage sollte man sich in jedem Fall beraten lassen, da Fehler später zu massiven Problemen führen können.

Vertragslaufzeiten
Bei beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern muss die Versorgungszusage mindestens zehn Jahre vor dem regulären Rentenbeginn erteilt werden, damit sie vom Finanzamt anerkannt wird. Bei nicht beherrschenden Geschäftsführern reicht eine Laufzeit von drei Jahren, zusätzlich muss der Geschäftsführer zwölf Jahre ununterbrochene Betriebszugehörigkeit nachweisen. „Bei neu gegründeten GmbHs gilt allerdings eine Wartezeit von mindestens fünf Jahren. Außerdem muss der Geschäftsführer sich mindestens zwei bis drei Jahre lang bewährt haben“, erläutert Expertin Ursula Schmauck.

Altersgrenze
Die Versorgungszusage muss vor dem 60. Geburtstag des Gesellschafters unter Dach und Fach sein, sonst erkennt das Finanzamt die entsprechenden Aufwendungen nicht als Betriebsausgaben an.

Überversorgung
Auf keinen Fall darf eine betriebliche Altersversorgung zu einer Überversorgung führen. „Dies gilt grundsätzlich für sämtliche Arbeitnehmer, nicht nur für die Geschäftsführung“, sagt Ursula Schmauck. Das bedeutet, dass eine eventuelle gesetzliche Rente bzw. Zahlungen von Versorgungswerken zusammen mit der betrieblichen Altersversorgung maximal 75 Prozent des aktuellen Bruttolohns betragen dürfen.

Zuständigkeiten beachten
„Es reicht nicht aus, wenn Gesellschafter-Geschäftsführer sich selbst oder untereinander Versorgungszusagen erteilen, so wie sie es bei ihren Mitarbeitern selbstverständlich dürfen“, so Schmauck. Die Versorgungszusage muss also ordnungsgemäß von den zuständigen Gremien der Kapitalgesellschaft abgesegnet werden.

Risikoabsicherung
Mit einer Versorgungszusage übernimmt das Unternehmen Risiken, beispielsweise, dass der Gesellschafter besonders lange lebt oder berufsunfähig wird. Solche Risiken sind im Grundsatz natürlich mit jeder Versorgungszusage verbunden. Bei der Geschäftsführung geht es jedoch meist um hohe Summen. Ihre Versorgung kann ein kleineres Unternehmen daher erheblich belasten. „Das Unternehmen sollte sich deshalb überlegen, ob und inwieweit es diese Risiken selbst tragen kann und will, oder ob es sie besser auslagert, auch wenn das Liquidität kostet“, empfiehlt Vorstand Lucius.

Betriebsrenten-Experte **Friedemann Lucius**

Zukunftsplanung
Für viele Unternehmer ist die Firma selbst ja Teil der Alterssicherung. „Eine betriebliche Altersversorgung kann jedoch beim Verkauf des Unternehmens problematisch werden“, sagt Lucius. Sind die entsprechenden Versorgungszusagen nämlich ungünstig ausgestaltet, findet die Firma wegen der daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen oft nur schwer einen Käufer oder ist nur mit erheblichen Preisabschlägen überhaupt zu verkaufen.

Durchführungswege
Bei Direktversicherungen, Pensionskassen oder Pensionsfonds dürfen in der Ansparphase 2013 nur maximal 2.784 Euro steuer- und sozialabgabenfrei sowie zusätzlich 1.800 Euro steuerfrei, aber sozialabgabenpflichtig eingezahlt werden. „Diese gesetzlichen Freigrenzen sind zur Absicherung der Geschäftsführung in der Regel nicht ausreichend“, erklärt Ursula Schmauck. Empfehlenswerter sind deshalb Direktzusagen oder Unterstützungskassen. „Hier sind die Aufwendungen in der Anwartschaftszeit grundsätzlich in unbegrenzter Höhe zu 100 Prozent lohnsteuerfrei“, so die Expertin.

Silke Becker

Foto: clipdealter.de

Die Menschen in Deutschland sind nicht unzufrieden mit ihrem Altersvorsorge-Anbieter und deren Produkten

Lebensversicherungen

AUCH IN KRISENZEITEN EINE GUTE RENDITE

Interview mit Friedrich Bohl, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater

Fragen der (privaten) Altersversorgung machen zuletzt vorwiegend negative Schlagzeilen. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Friedrich Bohl: Private Altersvorsorge für morgen bedeutet Konsumverzicht heute. Und der ist unbequem. Daher sind Menschen empfänglich für unsachliche, unfundierte oder sogar falsche Behauptungen einzelner Meinungsträger, die die private Altersvorsorge insgesamt in Misskredit bringen. Das ist jedoch das falsche Signal, denn die private Vorsorge ist nötiger denn je. Ohne vermehrtes privates Sparen und Absichern – und dies gerade auch in Zeiten niedriger Zinsen - droht Millionen von Menschen die Altersarmut! Und gerade ein Riester-Vertrag ist die erste Maßnahme, um gegen Armut im Alter vorzubeugen. Das sage nicht nur ich als Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater, sondern das sagt beispielsweise auch der Chefredakteur der Zeitschrift „Finanztest".

Sind es wirklich nur einzelne Anbieter, die den Ruf einer ganzen Branche gefährden oder sind nicht auch falsche Produkte auf dem Markt? 5.000 verschiedene „Riester"-Produkte beispielsweise erleichtern nicht gerade die Wahl.

Bohl: Ich kann das so nicht bestätigen. Die Menschen in Deutschland sind nicht unzufrieden mit ihrem Altersvorsorge-Anbieter und deren Produkten. Sonst gäbe es nicht bereits über 90 Millionen Lebensversicherungsverträge – darunter über 16 Millionen Riester-Verträge - hierzulande. Und eine Vielfalt an Angeboten hat einer Marktwirtschaft und damit dem Verbraucher noch nie geschadet! Zudem gibt es ja professionelle Vermögensberater, die aus den Möglichkeiten des Marktes die individuell passende Lösung für den Einzelnen herausfiltern.

Die „Riester-Rente" stammt aus der Zeit der rot-grünen Bundesregierung. Mittlerweile rücken sogar ihre Macher davon ab.

Bohl: Die Riester-Rente ist und bleibt für viele Menschen der ideale Einstieg in die private Altersvorsorge. Allerdings erschließen sich die Vorzüge der Riester-Rente nicht immer auf den ersten Blick, sie sind erklärungsbedürftig. Das ist aber nicht neu! Schließlich: Bei welchem anderen Vorsorgeprodukt übernimmt der Staat in bestimmten Fällen 60 Prozent und mehr der Beitragszahlungen? Ich bin ein Fan der Riester-Rente. Ich bin sogar für mehr Förderung! So wünsche ich mir, dass auch Selbstständige eine Riester-Rente abschließen können, was bisher nicht möglich ist. Dieser Schritt ist längst überfällig, denn gerade auch im Bereich der Solo-Selbstständigen besteht dringender Handlungsbedarf!"

Foto: BDV

Die Vorzüge der Riester-Rente erschließen sich nicht immer auf den ersten Blick, sie sind erklärungsbedürftig

Was ist denn bloß mit der Lebensversicherung los? Ganz, ganz vielen Freiberuflern und Selbstständigen galt sie jahrzehntelang als sichere Bank und die Nr. 1 in der Altersvorsorge…?

Bohl: Das ist sie – allen Unkenrufen zum Trotz – auch weiterhin! Schließlich kann die Lebensversicherung in Form der Rentenversicherung eine verlässliche lebenslange Rentenzahlung garantieren, egal wie alt man wird. Das kann so kein anderes Anlageprodukt! Lebensversicherungen haben die Finanzkrise ohne staatliche Hilfe überwunden, und dies, weil sie grundsolide und langfristig aufgestellt sind! Gute klassische Lebensversicherungen erwirtschafteten übrigens auch im Krisenjahr 2012 eine Rendite von vier Prozent und mehr auf die Sparanteile und erzielten damit das Doppelte der Inflationsrate. Sie brachten also einen realen Gewinn. Das konnte man so mit Anlagen auf dem Sparbuch, auf dem Festgeldkonto oder mit dem Kauf von Schatzbriefen keinesfalls schaffen. Und wer stattdessen Anfang 2012 in die vermeintliche Krisenwährung Gold investierte, machte übers Jahr gerechnet sogar real einen Verlust!

Die eigene Altersversorgung und die der Mitarbeiter sind unter Mittelständlern ein großes Thema. Welchen Rat haben Sie?

Bohl: Das ist ein sehr komplexes Thema, bei dem man sich auf jeden Fall individuell und professionell beraten lassen sollte. Schließlich geht es hierbei um die optimale Nutzung von Chancen der betrieblichen Altersvorsorge, aber zum Beispiel auch um die attraktive staatliche Förderung von Basisrenten und Riester-Renten. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sollten sich intensiv mit der Riester-Rente auseinandersetzen, weil sie sowohl kinderreichen Familien (über die stattlichen Zulagen) als auch gut verdienenden Singles (über interessante Steuervorteile) beim Einstieg in die private Altersvorsorge hilft!

Ein anderes Thema: Sie waren 30 Jahre auf verschiedenen politischen Ebenen tätig, zuletzt als Leiter des Kanzleramtes unter Helmut Kohl. Wie beurteilen Sie die Politik dieser Bundesregierung ein knappes Jahr vor der nächsten Bundestagswahl?

Bohl: Die christlich-liberale Bundesregierung hat nach meiner Überzeugung unter schwierigen Rahmenbedingungen einen hervorragenden Job gemacht! Die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, die Euro-Rettung, das deutsche „Jobwunder" – das spricht doch für sich! In Europa, ja in der ganzen Welt werden wir Deutsche darum beneidet, wie gut wir durch die Krise gekommen sind und heute sogar noch gestärkt da stehen. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst von Bundeskanzlerin Angela Merkel! Diese Leistungen und die erzielten Erfolge sind aber auch entsprechend zu „vermarkten". An dieser Baustelle muss noch gearbeitet werden – aber das war früher auch schon so.

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

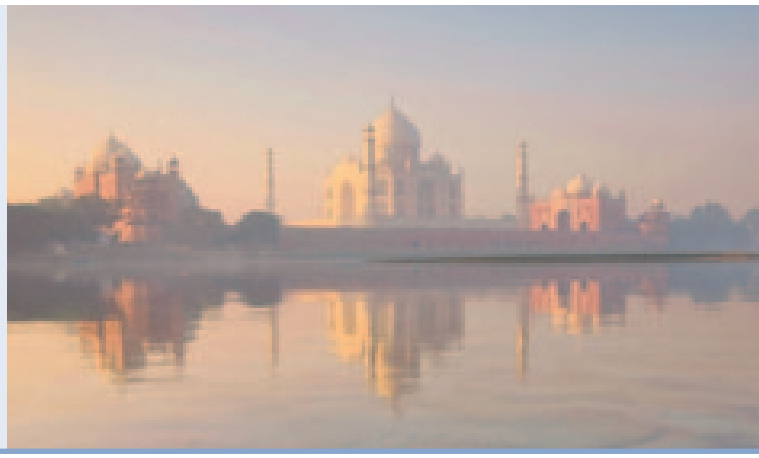
Foto: BDV

Friedrich Bohl, Jahrgang 1945, 1972 - 1999 Rechtsanwalt, zusätzlich von 1976 - 1999 Notar, 1970 - 1980 Mitglied des Hessischen Landtages, 1980 - 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1991 bis 1998 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Mai bis Oktober 1998 auch Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 2003 - 2009 Vorstand der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG), seit 2009 Aufsichtsratsvorsitzender der DVAG, seit 2009 Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater e.V.

INDIEN

Märchenhaftes Rajasthan

Das Taj Mahal, prachtvolles Denkmal einer großen Liebe, ist nicht das einzige Wunder auf dieser Reise durch das faszinierende Rajasthan. Dort, wo nach Mahatma Gandhi die Seele des Landes wohnt, zeugen die schönsten Seiten des indischen Bilderbuchs mit ihren prunkvollen Palästen und Prachtbauten in märchenhaften Städten von glanzvollen Zeiten. Und bei der Übernachtung im Palasthotel können Sie zumindest erahnen, wie prächtig die Mogule einst residierten.



1. Tag: Flug nach Indien

Im Lauf des Tages individuelle Rail & Fly-Bahnanreise (im Reisepreis enthalten) von jedem deutschen Bahnhof zum deutschen Flughafen oder Anschlussflug mit Lufthansa (gegen Mehrpreis) nach München. Abends Linienflug mit Lufthansa nonstop von München nach Indien (Flugdauer ca. 7,5 Std.).

2. Tag: Willkommen in Delhi

Morgens Landung in Delhi und das erste „Namaste" Ihres Scouts. Ein duftender Blumenkranz zur Begrüßung, dann direkte Fahrt nach Agra. Nach dem Einchecken im Hotel erstes Kennenlernen beim gemeinsamen Mittagessen. Ausruhen im Hotel oder mit dem Scout das Rote Fort erobern? Sie haben die Wahl.

3. Tag: Märchenhaftes Taj Mahal

Auftakt mit Highlight: das Taj Mahal. Im milden Vormittagslicht spazieren Sie durch die Gartenanlage und werfen einen Blick auf das berühmteste Grabmal der Welt – und sein ebenso berühmtes Spiegelbild. Auf dem Weg nach Jaipur Stopp in der Geisterstadt Fatehpur Sikri. Warum die Menschen nur wenige Jahre nach der Gründung die Stadt wieder verlassen haben? Bestimmt kann Ihr Scout das Geheimnis lüften. Nächstes Etappenziel: Jaipur. Die „Pink City" wurde einst König Edward VII. zu Ehren rosarot angemalt.

4. Tag: Entdeckertag

Freizeit in Jaipur oder Ausflug (gegen Mehrpreis, Mittagessen und Kinobesuch inklusive): Zuerst zum Palast der Winde, denn nur morgens erstrahlt er im herrlichsten Rot! Dann geht es hinauf zum Bergpalast des Maharadschas in der alten Hauptstadt Amber. Nach dem Mittagessen bestaunen Sie in Jaipur den Stadtpalast und erfahren im Observatorium, wie die Herrscher früher den Gang der Sterne verfolgten. Beim Bummel durch den Basar gewinnen Sie Einblicke in die Kunst der Stoff- und Teppichherstellung. Warum indische Frauen so viel Geld in Schmuck anlegen, erfahren Sie in einem Juweliergeschäft. Nach so viel Kultur von gestern, Kultur von heute: Ab ins Kino – Indien hat schließlich Bollywood.

5. Tag: Karawanenstadt Bikaner

Fahrt durch die Halbwüste Thar zu einer Kamelstation. Ziel ist die Karawanenstadt Bikaner. Prächtige Havelis zeugen vom einstigen Wohlstand. Stimmungsvoll auch Ihre Unterkunft! Nachmittags besichtigen Sie das Junagarh-Fort. Außen wehrhaft, innen märchenhaft.

6. Tag: Rattentempel und Wüste

Nichts für schwache Nerven: Der Rattentempel in Deshnok. Wie der Name schon sagt, in diesem Tempel gibt es Ratten. Nicht eine, sondern Hunderte. Lust, einen Blick auf die verehrten Nager zu werfen? Kein Problem. Sie müssen nur die Schuhe ausziehen – wie in jedem Tempel. Anschließend weiter nach Jaisalmer. Spaziergang durch das sagenhaft schöne Altstadtensemble. Übernachtung in einem Hotel mit Blick auf das Fort.

7. Tag: „Goldenes" Jaisalmer

In der Sonne glänzen die gelbbraunen Sandsteingebäude golden – weshalb Jaisalmer den Beinamen „Goldene Stadt" trägt. Hauptattraktion ist das Fort mit 99 Wehrtürmen. Sie besuchen das Wasserreservoir Gadi Sagar und erkunden den Palast. Nachmittags Freizeit zum Shoppen im Basar. Den Sonnenuntergang genießen Sie bei einem Kamelritt zu den Wanderdünen – und den Sternenhimmel von der Terrasse Ihres Hotels. Zum Dinner gibt es Gesang und Tanz aus Rajasthan.

8. Tag: „Blaue Stadt" Jodhpur

Weiterreise zur „blauen Stadt" Jodhpur. Warum sie so heißt, wissen Sie spätestens beim Panoramablick vom Fort Meherangarh: Die Häuser breiten sich im schönsten Indigoblau vor Ihnen aus. Sie besuchen die Festungsmuseen und bummeln anschließend über den Markt. Tagesziel ist das Palasthotel in Luni.

9. Tag: Tempel der Jain

Mitten in der Hügellandschaft des Aravalli-Gebirges liegt der Jaintempel von Ranakpur. Jeder Zentimeter des weißen Steins ist mit grazilen Tänzerinnen, Tieren und Ornamenten ausgeschmückt. Abends erreichen Sie Ihr etwas außerhalb von Udaipur in den Bergen gelegenes Hotel.

MARCO POLO LIVE

Heute bereiten Sie sich unter Anleitung von Profis Ihr Abendessen selbst zu. „Wenn Europäer nicht indisch kochen können, dann liegt das an der falschen Kombination der Zutaten – denn Curry ist nicht gleich Curry. Auf den Mix kommt's an": Zwiebeln schneiden, Ingwer reiben und dann kommen die Chilischoten dran. Duftet's dann verlockend ... Händewaschen und ab in den Diningroom!

10. Tag: Palaststadt Udaipur

Stimmungsvoll beginnt der Tag mit tollen Ausblicken über den Picholasee und auf den Lake Palace. Von den Ghats am Ufer folgen Sie Ihrem Scout durch das Gassenwirrwarr der Altstadt. Mittendrin der Stadtpalast mit seinen Erkern und Pavillons. Danach erfahren Sie mehr über die Miniaturmalerei – und können sich zum Andenken gleich ein Souvenir mitnehmen. Rest des Tages Freizeit.

11. Tag: Im Maharadschapalast

Weiter nach Deogarh, wo Sie nachmittags im Stadtpalast einchecken. Exotische Wandverzierungen und handgeknüpfte Teppiche – fühlen Sie sich wie ein Maharadscha! Nach einem Bummel durch das Dorf können Sie Ihre Unterkunft in vollen Zügen genießen: zum Beispiel beim Tee in der prächtigen Halle oder am Pool.

12. Tag: Zugfahrt nach Delhi

Per Bus nach Ajmer. Nach dem Mittagessen geht es zum Bahnhof: Ab hier tun Sie es den Indern gleich und steigen um in den modernen Shatabdi-Expresszug. Nach vielen Erlebnissen mit den Mitreisenden erreichen Sie nach rund sieben Stunden die Hauptstadt Dehli.

13. Tag: New & Old Delhi

Vormittags erkunden Sie Neu-Delhi mit seinen monumentalen Straßen und Regierungsgebäuden. Schönes Fotomotiv: der Blick vom India Gate auf den Präsidentenpalast. In Alt-Delhi schieben Sie sich durch geschäftige Gässchen rund um die Freitagsmoschee und stehen an der Verbrennungsstätte Mahatma Gandhis. Abends wird es Zeit Abschied zu nehmen – dies tun Sie beim gemeinsamen Farewell-Dinner im Hotel.

14. Tag: Rückreise

Vormittags Rückflug mit Lufthansa nonstop von Delhi nach München (Flugdauer ca. 8,5 Stunden) mit Ankunft am frühen Nachmittag. Individuelle Weiterreise zu den Ausgangsorten.

Lufthansa

Flug

Im Reisepreis enthalten ist der Linienflug mit Lufthansa ab/bis: München

Zuschlag € 50,– für Anschlussflug ab/bis: Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Münster, Stuttgart

Eine sehr gute Alternative zu innerdeutschen Anschlussflügen ist das im Reisepreis inkludierte „Rail & Fly inclusive"-Ticket 2. Klasse.

Reisepapiere und Gesundheit

Gäste mit Wohnsitz in Deutschland oder Österreich, unabhängig von der Nationalität, benötigen einen mindestens sechs Monate über das Reiseende hinaus gültigen Reisepass und ein Visum, das wir gegen die ausgeschriebene Gebühr gerne für Sie beantragen. Bei einigen Staatsangehörigkeiten können Zusatzkosten anfallen. Impfungen sind nicht vorgeschrieben – jeder Teilnehmer erhält mit der Reisebestätigung ausführliche Hinweise zur Gesundheitsvorsorge.

Reiseversicherungen

Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen jedem Teilnehmer den Abschluss eines „RundumSorglos-Schutzes" (Stornokosten-, Reiseabbruch-, Reisegepäck- und Reisekranken-Versicherung, RundumSorglos-Service) der ERV/Europäische

14 Reisetage ab € 1795,–

- Land der Mogule und Maharadschas
- Kamelritt und Kochkurs
- Heritage - und *****-Hotels
- Linienflüge mit Lufthansa

Reiseversicherung AG. Die Prämie pro Person ist abhängig vom Reisepreis und beträgt z. B. € 101,– (bei Reisepreis bis € 1800,–) oder € 166,– (bei Reisepreis bis € 3500,–).

Klima

Durchschnittliche Höchsttemperaturen in °C:

	März	April	Mai	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Delhi	29	36	39	34	34	33	28	23
Jaipur	31	36	39	31	33	32	28	23

Hotels

Änderungen vorbehalten

Stadt	Nächte	Hotel	Landeskategorie
Agra	1	Trident	*****
Jaipur	2	Trident	*****
Bikaner	1	Gaj Kesri	****
Jaisalmer	2	The Gateway	****
Luni	1	Fort Chanwa	***
Udaipur	2	Royal Retreat	****
Deogarh	1	Deogarh Mahal	***
Delhi/Gurgaon	2	Trident	*****

Auf dieser Reise übernachten Sie auch in „Heritage"-Palasthotels und in „Havelis", traditionellen Herrenhäusern. Bitte beachten Sie, dass sich der Begriff vorwiegend auf den Ursprung dieser Prachtbauten bezieht. Auch wenn in die Renovierung dieser Wohnstätten viel investiert wurde, dürfen Sie nicht den Standard von Luxushotels erwarten – die Zimmer (immer mit Klimaanlage sowie Bad oder Dusche und WC) sind häufig unterschiedlich in Größe und Ausstattung. Für evtl. Einbußen an Komfort werden Sie die historische Umgebung sowie Flair und Charme jedes Hauses jedoch reich entschädigen. Alle Unterkünfte bieten auch einen Swimmingpool. In Agra, Jaipur und Delhi wohnen Sie in erstklassigen, modernen Hotels der renommierten Oberoi/Trident-Gruppe.

Veranstalter und Reisebedingungen

Veranstalter dieser Reise ist die Marco Polo Reisen GmbH, Riesstraße 25, 80992 München. Die GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH tritt lediglich als Vermittler auf. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter www.agb-mp.com druck- und speicherfähig abrufbar.

Reisepreis in Euro pro Person

14 Reisetage Termine 2013	DZ	EZ-Zuschlag
29.04.–12.05.2013	1.945	415
15.08.–28.08.2013	1.795	385
17.08.–30.08.2013	1.795	385
19.08.–01.09.2013	1.795	385
02.09.–15.09.2013	1.945	415
09.09.–22.09.2013	1.945	415
16.09.–29.09.2013	1.945	415
30.09.–13.10.2013	2.245	685
05.10.–18.10.2013	2.245	685
12.10.–25.10.2013	2.245	685
14.10.–27.10.2013	2.245	685
19.10.–01.11.2013	2.245	685
21.10.–03.11.2013	2.245	685
28.10.–10.11.2013	2.245	685
02.11.–15.11.2013	2.295	695
09.11.–22.11.2013	2.295	695
16.11.–29.11.2013	2.295	695
23.11.–06.12.2013	2.295	695
25.11.–08.12.2013	2.295	695

Mindestteilnehmerzahl

Mindestteilnehmerzahl: 18 Personen
Höchstteilnehmerzahl: 25 Personen

Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (näheres siehe Reisebedingungen).

Im Reisepreis enthalten

- Linienflug mit Lufthansa von München nach Delhi und zurück in der Economy-Class
- Expresszug von Ajmer nach Delhi in der 2. Klasse
- 7 Übernachtungen in landestypischen Heritage-Hotels und Havelis in Bikaner, Jaisalmer, Luni, Udaipur und Deogarh
- 5 Übernachtungen in modernen First Class-Hotels in Agra, Jaipur und Delhi
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC
- Verpflegungsleistungen: 7 x indisches und 5 x internationales Frühstücksbuffet, 2 x Mittagessen, 7 x Abendessen, 1 x Abendessen mit Gesang und Tanz und 1 x Abschiedsabendessen
- Transfers und Rundreise in landesüblichen, klimatisierten Reisebussen
- Deutsch sprechende Marco Polo-Reiseleitung in Indien

Und außerdem inklusive

- „Rail & Fly inclusive" zum/vom deutschen Abflugsort in der 2. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
- Blumenkranz bei Ankunft in Delhi
- Kamelritt in Jaisalmer
- Kochkurs in Udaipur
- Eintrittsgelder (€ 65,–)
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (€ 357,–)
- Reiseunterlagen mit einem Reiseführer pro Buchung
- Klimaneutrale Geländewagen-, Bus- und Bahnfahrten durch CO_2-Kompensation

Zusätzlich buchbare Extras

- Ausflug „Amber & Bollywood" € 45,–
- Visagebühren und -beantragung € 85,–
- Lufthansa-Flüge in der Business-Class € 2775,–

Zahlung/Sicherungsschein

Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Sicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651 k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20 Prozent des Reisepreises, maximal jedoch € 1000,– pro Person, fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig.

Incredible India

ANMELDUNG / RESERVIERUNG

MittelstandsMagazin-Leserreise INDIEN

Name, Vorname

Geburtsdatum

Telefon tagsüber (mit Vorwahl)

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Name, Vorname, Geburtsdatum Mitreisende(r)

Gewünschtes bitte eintragen bzw. ankreuzen

Reisetermin:

☐ Doppelzimmer ☐ Einzelzimmer ☐ ½ Doppelzimmer

Flug ab/bis:

☐ Ausflug „Amber & Bollywood"

☐ Visagebühren und –beantragung

☐ Zuschlag für Lufthansa-Flüge in der Business-Class

☐ RundumSorglos-Schutz (Reiseversicherung)

☐ Ich melde mich und die aufgeführten Personen **verbindlich** an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.

Oder

☐ Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Übersendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss.

Ort, Datum/Unterschrift

Einfach Coupon senden an:
Marco Polo Reisen GmbH
Postfach 50 06 09, 80976 München

Coupon faxen an:
Fax: 089 50060-405

Information/Reservierung/Buchung:
Tel.: 089 50060-470
groups@marco-polo-reisen.com

10 HAUSAUFGABEN IM DATENSCHUTZ

Die IT ist sicher und erprobt, Datensicherheit ist gewährleistet – Wie sieht es jedoch beim rechtlich-organisatorischen Datenschutz aus?

Foto. Clipdealer

Für jede Weitergabe von Daten ist zu prüfen, ob ein gültiger Erlaubnistatbestand vorliegt

Die Diskussion um den Datenschutz in Deutschland wird dominiert von politischen Buzz-Words wie Facebook, Google & Co. Daneben werden Datenlecks wie z. B. bei Sony bekannt, die aber eher die technische Datensicherheit betreffen. Der Praktiker bleibt weitgehend allein mit der Frage, was konkret zu tun ist. Aus seiner Erfahrung hat der externe Datenschutzbeauftragte Ralf Becker einige typische Punkte herausgegriffen. Natürlich ersetzt dies keine unternehmensspezifische Analyse. Aber durch Regelung folgender Themen kann ein Unternehmen seine Datenschutzorganisation deutlich verbessern *(zur besseren Praktikabilität wird auf das Zitieren von Paragraphen verzichtet und bewusst vereinfacht dargestellt).*

Grundsätzliches

Grundlage des Datenschutzes ist das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), das die Verarbeitung personenbezogener Daten regelt. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse wie Formeln oder Verfahren fallen nicht unter den Datenschutz, da nicht personenbezogen. Ferner gilt im Datenschutz das „Verbot mit Erlaubnisvorbehalt", d. h. jegliche Datenerhebung, -verarbeitung und –nutzung ist verboten, wenn sie nicht durch Einwilligung oder Ausnahme im Gesetz erlaubt ist.

Der Kundendatenschutz

Bei Kaufverträgen gilt z. B. die Ausnahme, dass zur Durchführung notwendige Daten erhoben und verarbeitet werden dürfen. Für alles andere ist eine wirksame und dokumentierte Einwilligung des Kunden notwendig, z. B. Erhebung zusätzlicher Daten, für Upselling, Newsletter-Versand. Dies gilt besonders bei Kaufinteressenten. Im B2B-Geschäft reicht es hingegen, wenn eine Einwilligung vermutet werden kann. Bei der Kundenansprache ist zudem das UWG (Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb) zu beachten, das insbesondere elektronische Kanäle (Email, Fax) aber auch Telefonanrufe erheblich einschränkt. Hier können Fehler abmahnbar sein.

Der Mitarbeiter-/ Beschäftigtendatenschutz

Auch hier gilt, dass alle für die Durchführung des Arbeitsverhältnisses notwendigen Daten verarbeitet werden dürfen, wobei „notwendig" eng auszulegen ist. Dies manifestiert sich u.a. im Fragerecht bei Bewerbergesprächen. So sind Fragen tabu, die sich nicht auf die fachliche Eignung des Bewerbers beziehen, etwa nach kultureller Herkunft oder Schwangerschaft. Der Bewerber dürfte in dem Fall sogar die Unwahrheit sagen. Zudem besteht die Gefahr eines schadenersatzpflichtigen Verstoßes gegen das AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz). Ebenso ist das „googeln" von Bewerbern unzulässig, selbst wenn die Praxis häufig anders aussieht.
Weil in den Arbeitsverträgen zwar regelmäßig auf Geschäftsgeheimnisse, nicht aber auf das Geheimnis personenbezogener Daten verpflichtet wird, schreibt der Gesetzgeber dies im BDSG noch einmal vor.

Datenübermittlung an Dritte und Dienstleister

Für jede Weitergabe von Daten ist zu prüfen, ob ein gültiger Erlaubnistatbestand vorliegt. Das Datenschutzrecht kennt zudem keinen Konzern: verbundene Unternehmen gelten wie fremde Dritte.

Übergreifende Compliance

Das BDSG schreibt mit dem sog. Verfahrensverzeichnis eine Dokumentation aller Daten verarbeitenden Prozesse und Systeme im Unternehmen vor, die ständig aktuell vorzuhalten ist. Dies ist nicht nur bei Auskunftsanfragen ein hilfreiches Tool. Bei der Erstellung fallen oft Redundanzen auf, die zu Kosteneinsparungen führen.

Auch stellt sich die Frage, ob das Unternehmen einen Datenschutzbeauftragten (DSB) bestellen muss. Dies ist – vereinfacht und abgesehen von Ausnahmen - dann erforderlich, wenn mehr als neun Mitarbeiter regelmäßig am PC arbeiten.

Info: www.daschug.de

DATENSCHUTZ-TODO'S FÜR PRAKTIKER

1. Wirksame Werbe-Einwilligungen einholen, dokumentieren und rechtssicher werben
2. Die richtigen Fragen im Bewerbergespräch stellen
3. Einwilligungen für Einsichtsrecht bei Privatnutzung und für Bildaufnahmen einholen
4. Überwachungsmaßnahmen vorher rechtlich absichern
5. Technische Datensicherheit unabhängig prüfen lassen
6. Prüfung der Weitergabe von Daten, insbesondere an Stellen außerhalb der EU
7. Prüfung, ob Vereinbarung für Auftragnehmer in der Datenverarbeitung wie z. B. Cloud-Services den Mindestanforderungen genügen
8. Mitarbeiter sensibilisieren und auf das Datengeheimnis verpflichten
9. Dokumentation erstellen (Verfahrensverzeichnis)
10. Bei Bedarf Datenschutzbeauftragten bestellen

Foto: Pitopia

Ohne Wasser steht ein Friseur buchstäblich auf dem Trockenen

DARF DER VERMIETER STROM UND WASSER ABSTELLEN?

Immer wieder kommt es vor, dass auch gewerbliche Mieter zeitweise nicht mehr in der Lage sind, die laufenden Zahlungen für Versorgungsleistungen wie Strom, Wasser oder Heizung zu bezahlen. Mancher Vermieter geht dann den einfachen Weg und lässt die Versorgung vom Zulieferunternehmen abstellen. Nicht immer ist dies jedoch berechtigt. Bei gewerblichen Mietverträgen setzen die Gerichte andere Maßstäbe an als bei herkömmlichen Wohnungsmietverträgen: Bei letzteren gelten strengere Kriterien. Viel hängt immer von der Frage ab, ob der Gewerbemietvertrag noch läuft oder schon beendet wurde. Aber auch die Frage, ob der Mieter Strom, Wasser und Heizung weiterhin bezahlt, ist von Bedeutung. Die D.A.S. Rechtsschutzversicherung stellt ein Urteil zum Thema „Versorgungssperre im gewerblichen Mietrecht“ vor.

Friseur auf dem Trockenen

Dem Inhaber eines Friseurgeschäftes war der Mietvertrag gekündigt worden, obwohl keine Mietzahlungen oder Betriebskostenvorauszahlungen offen waren. Kündigungsgrund war offenbar, dass der Vermieter die Möglichkeit hatte, die Geschäftsräume teurer zu vermieten. Der Friseur zog jedoch nicht aus und überwies weiterhin Miete und Betriebskosten. Der Vermieter zog nun andere Saiten auf und sperrte ohne Vorwarnung die Wasserzufuhr für das Geschäft. Der Fall wurde schließlich vor dem Berliner Kammergericht verhandelt, welches sich auf die Seite des Mieters stellte: Selbst nach Beendigung des Mietvertrages könne auch ein gewerblicher Mieter noch Anrecht auf Versorgung mit Wasser haben. Hier müsse das Interesse des Mieters an der Versorgung gegen das Interesse des Vermieters an deren Einstellung, nicht an der Räumung, abgewogen werden. Dem Vermieter entstünden hier durch die Fortsetzung der Wasserzufuhr keine zusätzlichen Kosten. Eine Fortsetzung der Geschäftstätigkeit des Friseurs ohne Wasser sei nicht möglich. Diverse gegen den Mieter vorgebrachte Vorwürfe – etwa eine unerlaubte Überlassung an Dritte oder angeblich ausstehende Mietzahlungen – hätten sich vor Gericht als haltlos erwiesen. Der Vermieter habe die Wasserversorgung des Geschäfts damit auch nach Mietvertragsende bis zu einer möglichen Räumung weiter zu gewährleisten

Beschluss des Kammergerichts Berlin vom 16.05.2011, Az. 8 U 2/11

HAFTPFLICHT – WO GEHOBELT WIRD, DA FALLEN SPÄNE

„Zwar ist der Abschluss einer Haftpflichtversicherung in Deutschland gesetzlich nicht vorgeschrieben. Trotzdem gehört sie aus gutem Grund zu den wichtigsten Versicherungen überhaupt“, so die Schadenexperten von ERGO. Unternehmer und Betriebsinhaber haften meist unbegrenzt für Schäden, die sie oder ihre Mitarbeiter verursachen. Dies gilt sowohl während der Arbeit, als auch nach deren Abschluss: Löst sich beispielsweise eine unsachgemäß verlegte Bodenfliese an einer Treppe, kann das fatale Folgen haben. Kommt es deswegen zu einem Sturz, ist schnell der verantwortliche Handwerksbetrieb in der Pflicht. Behält der Verunglückte dann noch bleibende Schäden zurück oder stirbt gar an den Folgen des Unfalls, übersteigen die daraus entstehenden Forderungen schnell die finanziellen Möglichkeiten des Betriebs. Experten raten deshalb vorbeugend zum Abschluss einer Gewerbe-Haftpflichtversicherung.

Und das gleich aus mehreren Gründen: Die Versicherung übernimmt nämlich nicht nur die zu leistende Entschädigung bis zur Höhe der vereinbarten Versicherungssumme. Sie prüft im Interesse des Versicherungsnehmers auch, ob und inwieweit überhaupt eine Schadenersatzpflicht besteht. Sind die Ansprüche ungerechtfertigt, wehrt die Versicherung sie mit juristischem Sachverstand ab und trägt auch die damit verbundenen Kosten. Gerade in dieser qualifizierten Dienstleistung liegt für den Betriebsinhaber ein großer Zusatzvorteil.

SYLTER HOPFEN

www.sylter-hopfen.de

SMARTER AUFTRITT BEI DEN KOMPAKTEN SUVS

Hyundai ix35 mit sportlichem Design

Mit dem in Europa entwickelten ix35 löste Hyundai das Erfolgsmodell Tucson hierzulande ab. Der Generationenwechsel bei dem kompakten Sports Utility Vehicle (SUV) von Hyundai stellt eine deutliche Zäsur dar, denn der ix35 nimmt Abschied vom robust-kantigen Design des Tucson. Stattdessen präsentiert er sich mit emotionalem Design, das ihm ein betont sportliches Äußeres verleiht.

Der dynamische Auftritt geht einher mit fortschrittlichster Technik: Neue Motoren und Getriebe kommen zum Einsatz, und zahlreiche Ausstattungsdetails wie etwa das Smart Parking Assist System zum automatischen Einparken feiern im ix35 ihre Premiere. Das in fünf Motorvarianten, als Fronttriebler oder Allradler sowie in den Ausstattungslinien Comfort, Style und Premium angebotene SUV wird in der Slowakei produziert. Die unverbindliche Preisempfehlung startet bei 20.690 Euro für den ix35 1.6 Comfort. Der Cityroader bietet eine fünfjährige Fahrzeug-Garantie inklusive Hyundai Mobilitätsgarantie. Außerdem übernimmt Hyundai für die Dauer von fünf Jahren fünfmal die Kosten für den Hyundai Sicherheits-Check.

Formensprache setzt ganz auf Dynamik

Eine dynamische Linienführung prägt die zweite Auflage des Hyundai Kompakt-SUV, dessen Formgebung unter der Leitung des Deutschen Thomas Bürkle im europäischen Designzentrum von Hyundai in Rüsselsheim entstand. „Fluidic Sculpture“, fließende Skulptur, nennt der Chef-Designer für Europa die Linienführung, die mit ihrer schwungvollen Dach- und der ansteigenden Fensterlinie Anleihen bei Coupés nimmt.

Doch der neue Stil geht nicht zu Lasten des Innenraums: Fünf Personen finden an Bord des 4,41 Meter langen, 1,82 Meter breiten und 1,67 Meter hohen Fünftürers in jeder Richtung ausreichend große Platzverhältnisse vor. Ähnliches gilt für den Gepäckraum: Es passen bei aufrechten Rücksitzlehnen 465 Liter Volumen in das variable Ladeabteil. Sollen sperrige Güter transportiert werden, lässt sich die Zuladung durch Umlegen der Rücksitzlehnen auf bis zu 1.436 Liter vergrößern. Einen angenehmen Aufenthalt an Bord gewährleisten körpergerecht geformte Sitze, ein attraktiver Materialmix und die hochwertige Verarbeitung. Der Fahrer blickt auf einen elegant gestalteten Armaturenträger, der in der Mittelkonsole der Form des Buchstabens X nachempfunden ist. So finden die serienmäßige Audio- und Klimaanlage eine problemlos erreich- und bedienbare Position. *G. K.*

UNANGEMESSENE BESTEUERUNG DER PRIVATEN KFZ-NUTZUNG ZURÜCKGENOMMEN

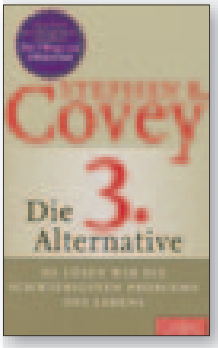
Der Besteuerungs-Irrsinn bei privater Nutzung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs wurde endlich revidiert: Bisher haben Finanzämter unterstellt, dass jedes Fahrzeug im Fuhrpark eines Unternehmens auch privat genutzt wird. Ab sofort können sich Unternehmer gegen die Besteuerung eines Privatanteils für jedes einzelne Fahrzeug wehren. Möglich macht dies ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums an die obersten Finanzbehörden der Länder, ein Erfolg des unterfränkischen MIT-Politikers und Steuerberaters Peter Götz.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) begrüßt ausdrücklich die Anordnung des Finanzministeriums, wonach Fahrzeuge, die eigentlich nicht für eine private Nutzung zur Verfügung stehen (z. B. Vorführwagen oder Werkstattwagen) auch nicht zwingend für die private Nutzung versteuert werden müssen. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die MIT intensiv für eine Korrektur der unsachgemäßen Besteuerungspraxis und einen Abbau der bürokratischen Auflagen eingesetzt. Dieses Engagement zahlt sich nun aus.

Die private Nutzung eines betrieblichen Pkw wird mit 1% des Bruttolistenpreises des Pkw zuzüglich Mehrwertsteuer pro Monat versteuert, wenn das Fahrzeug zu mehr als 50 % betrieblich genutzt wird. Dabei wird bei mehreren im Betriebsvermögen befindlichen Pkw jeweils derjenige mit dem höchsten Listenpreis herangezogen. Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs galt diese 1-%-Regelung für alle Pkw im Unternehmen, es sei denn der steuerpflichtige Unternehmer konnte durch Fahrtenbücher nachweisen, dass eine private Nutzung nicht stattfindet.

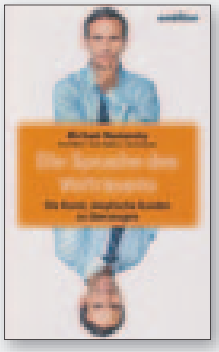
Damit ist nun Schluss. Mit der jüngsten Korrektur hat das CDU-geführte Finanzministerium den Mittelstand erheblich entlastet und Bürokratie spürbar abgebaut.

BÜCHER ▶



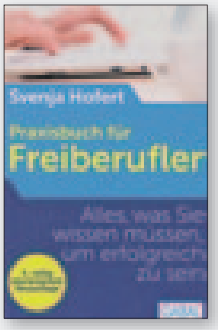
Die 3. Alternative
Stephen R. Covey
Geb., 500 S., 29,90 Euro
ISBN 978-3-86936-428-5
Gabal Verlag

Das Leben scheint voller Probleme – unlösbarer Probleme. Das Buch beschreibt und veranschaulicht ein Prinzip, mit dem wir unsere Probleme auf eine Weise lösen können, indem wir unser Denken von Grund auf verändern. Die 3. Alternative lässt die gängigen Techniken für Konfliktlösungen hinter sich und eröffnet eine Option, bei der alle gewinnen.



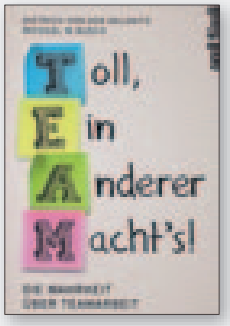
Die Sprache des Vertrauens
Michael Maslansky
Hardcover, 220 S., 29,99 Euro
ISBN 978-3-942821-16-2
Ambition Verlag

Vertrauen ist „out“ – Skeptizismus ist „in“. In Umfragen geht die Zahl derjenigen, die Unternehmen oder Politikern vertrauen, rapide zurück. Wer heute überzeugen will, ganz gleich in Wirtschaft oder Politik, muss sich einer ganz anderen Sprache bedienen als wir es bisher gewohnt sind. Sie bringen praxisnahe Beispiele und Anregungen, wie es gelingen kann, auch misstrauische Menschen von Ideen und Produkten zu überzeugen.



Praxisbuch für Freiberufler
Svenja Hofert
Geb., 300 S., 29,90 Euro
ISBN 978-3-86936-435-3
Gabal Verlag

Freiberufler stehen vor besonderen Herausforderungen. Sie verkaufen eine komplette Dienstleistung und stehen als Person selbst im Fokus. Die Autorin gibt Antworten auf viele Fragen dieser Berufssparte, angereichert um Musterdokumente, Fallbeispiele, Übersichten und Anleitungen für die mehr als eine Million Freiberufler im deutschsprachigen Raum.



TEAM –
Toll ein anderer macht's
Geb., 224 S., 21,95 Euro
ISBN 978-3-280-05462-8
Orell Füssli Verlag

Teamarbeit ist aus modernen Unternehmen nicht mehr wegzudenken. Jedoch nicht alle Teams funktionieren. Wer arbeitet tatsächlich? Wer ist Faulenzer? Das Buch zeigt, wie man wenig produktive Teammitglieder erkennt und sich erfolgreich gegen sie zur Wehr setzt. Das Buch zeigt, welche Elemente die Teamarbeit zum Erfolg führen.

Mein persönlicher Vorsorgekoffer
Felizita Söbbeke
Broschur, 224 S., 14,95 Euro
ISBN 978-3-8319-0482-2
Verlag Ellert & Richter

Nur wer sorgfältig plant, kann sicher sein, dass am Ende die eigenen Wünsche und Vorstellungen erfüllt werden und alle persönlichen Dinge geregelt sind. Die Autorin, Fachanwältin für Erbrecht, hat einen Leitfaden zusammengestellt, der sachkundig und umfassend Auskunft gibt, was bei Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht usw. zu beachten ist.

Flucht und Vertreibung
Vorwort von Arno Surminski
Hardcover, 280 S., 127 Abb., 14,95 Euro
ISBN 978-3-8319-0480-8
Verlag Ellert & Richter

Flucht und Vertreibung, Verschleppung und Zwangsarbeit – infolge des Zweiten Weltkriegs waren Millionen Menschen in Ost- und Mitteleuropa davon betroffen. Das Buch vereint Berichte von Zeitzeugen und Nachgeborenen mit Beiträgen namhafter Historiker und Schriftsteller. Vorangestellt ist die Mahnung von Arno Surminski: „Schweigen ist keine Antwort!“

Piratenkommunikation
Oliver Wenzlaff
Geb., 221 S., 24,99 Euro
ISBN 978-3-942821-17-9
Ambition Verlag

Seit dem überraschenden Wahlerfolg im Herbst 2011 in Berlin ging es zunächst mit der Piratenpartei weiter aufwärts, seit geraumer Zeit jedoch steil bergab. Vielleicht liegt dies unter anderem auch an ihrer Sprache. Ob „Kandidaten-Grillen“, „Anpimmeln“ oder „Kackscheiß“ – das Shitstorm-Gepöbel und der gesamte Netzjargon kommen nicht überall an, jedenfalls nicht wirklich. Der Autor kommt in seiner Untersuchung übrigens zu dem Schluss, dass die Piraten nicht verständlicher überkommen als die anderen Parteien...

für Sie gelesen ....
von Günter Kohl

AKTUELLE URTEILE

Hätte er bloß selbst nachgeschaut...

OLG Dresden; Beschluss vom 14.08.2012; 4 W 734/12

Wo Menschen arbeiten werden auch Fehler gemacht. Dieses Risiko ist versicherbar. Architekten haben deshalb – ebenso wie Rechtsanwälte – eine Haftpflichtversicherung. Allerdings gelten Einschränkungen und die können erhebliche finanzielle Auswirkungen haben.

Ein Architekt hatte mit einem Bauträger einen Vertrag, der ihn zur Erstellung so genannter Bautenstandsberichte verpflichtete. Der Bauträger teilte dem Architekten mit, dass der Rohbau fertig sei. Der Architekt prüfte dieses nicht, fertigte aber den entsprechenden Bautenstandsbericht. Der Erwerber leistet gegenüber dem Bauträger die nächste Abschlagszahlung.

Es stellt sich dann heraus, dass die Arbeiten nicht erbracht waren. Das Geld war weg und der Bauträger ging in die Insolvenz. Die Bauherren nahmen deshalb den Architekten auf Zahlung in Anspruch. Das OLG gab ihnen Recht. Der Vertrag zwischen Bauträger und Architekt hat zugleich Schutzwirkung zu Gunsten der Bauherren. Die Bauherren dürfen also den Architekten direkt in Anspruch nehmen, obwohl kein direkter Vertrag zwischen ihnen besteht.

Aber: Die Haftpflichtversicherung des Architekten tritt nicht ein. Hat der Architekt bewusst pflichtwidrig gehandelt, dann muss die Versicherung nicht zahlen. Den Bauherren bleibt damit nur die Hoffnung, dass auf Seiten des Architekten ausreichend Liquidität vorhanden ist.

Mietsicherheit sichert Mietvertrag

BGH; Urteil vom 11.07.2012; VIII ZR 36/12

Das klingt eigentlich selbstverständlich: Die Mietsicherheit ist eine Sicherheit für den Vermieter, damit er am Ende des Mietvertrages nicht plötzlich mit leeren Händen dasteht. Manchmal hat ein Vermieter aber auch noch andere Ansprüche gegen den Mieter, die nichts mit dem ursprünglichen Mietvertrag zu tun haben. Hat der Mieter nach Abrechnung des Mietverhältnisses noch ein Guthaben, so bietet es sich für den Vermieter förmlich an, diese anderen Forderungen mit der „Rest-Mietsicherheit“ zu verrechnen.

Der Bundesgerichtshof hat dieser Möglichkeit des Vermieters nun einen Riegel vorgeschoben. Die Mietsicherheit ist stets und nur für den abgeschlossenen Mietvertrag gedacht. Stillschweigend verständigen sich nach Rechtsauffassung des BGH der Vermieter und der Mieter bei Vertragsschluss darauf, die Sicherheit nur für Ansprüche zu verwenden, die im Zusammenhang mit dem Mietvertrag stehen. Im Hinblick auf andere Forderungen herrscht damit ein Aufrechnungsverbot.

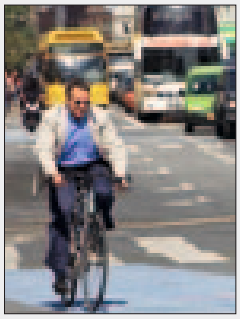
Fahrrad gegen Auto - wer ist der „Böse“?

OLG Frankfurt a. M.; Urteil vom 05.06.2012; 4 U 88/11

Sobald ein Auto mit einem Fahrrad kollidiert, hat der Autofahrer stets Schuld. Diesen Eindruck kann man gewinnen, sobald man sich mit der einschlägigen Rechtsprechung auseinandergesetzt hat. Aber es gibt auch Ausnahmen.

Ein Radfahrer fuhr auf der Busspur entgegen der Fahrtrichtung. Der Autofahrer kam aus einer Grundstücksausfahrt und wollte über den Gehsteig und die Busspur auf eine Straße einbiegen. Der Radfahrer kam zu Fall, wobei die eigentliche Kollision streitig ist. Der Radfahrer macht Schmerzensgeld wegen erheblicher Verletzungen geltend.

Das Oberlandesgericht Frankfurt a.M. hat die Klage abgewiesen und damit die erste Instanz bestätigt. Ein Anspruch des Radfahrers besteht nicht. Zwar kann



dem Autofahrer vorgeworfen werden, dass er sich bei dem Einbiegen auf die Straße nicht von einem Dritten einweisen ließ. Dieses Verhalten des Autofahrers tritt jedoch vollständig gegen das grob verkehrswidrige Verhalten des Radfahrers zurück. Wer die Busspur entgegen der vorgesehenen Fahrtrichtung nutzt, verstößt grob verkehrswidrig gegen die ihm obliegenden Sorgfaltspflichten. Damit ist eine Haftung des Autofahrers schon dem Grunde nach nicht gegeben.

Online ohne Kontrolle

BAG; Beschluss vom 18.07.2012; 7 ABR 23/11

Ein Betriebsrat muss die Möglichkeit haben, sich moderner Informationstechniken zu bedienen. Eine Firma wollte dem Betriebsrat daher auf Anforderung auch einen Onlinezugang gestatten. Allerdings sollte dieser personalisiert sein, wie es vor Ort in dem Betrieb bei allen Arbeitnehmern üblich ist. Die Betriebsratsmitglieder müssen sich also mit eigenem Namen anmelden und hinterlassen damit Spuren im Internet, die dem Einzelnen ganz konkret zugeordnet werden können.

Das Bundesarbeitsgericht gab dem Antrag des Betriebsrats auf einen so genannten Gruppenaccount statt, der einen nicht personalisierten Zugang ermöglicht. Die erste Instanz hatte den Antrag noch abgewiesen. Das Bundesarbeitsgericht sah keinen Anspruch der Firmenleitung auf Einsicht in die Internetnutzung eines jeden Betriebsratsmitgliedes. Eine solche Kontrollmöglichkeit behindert vielmehr die Arbeit des Betriebsrats. Datenschutzgründe stehen dem Antrag des Betriebsrats nach Auffassung des BAG ebenso wenig entgegen wie möglicherweise berechtigte Belange des Arbeitgebers.

Fotos: Bilderbox

Einstimmung auf das Wahljahr 2013

Die MIT war auf dem CDU-Parteitag in Hannover mit einem Informationsstand vertreten und traditionell positioniert in unmittelbarer Nähe der Jungen Union Deutschlands und der Senioren Union. Inhaltlich hat sich die MIT dort erfolgreich für eine marktwirtschaftliche Ausgestaltung der Energiewende eingesetzt. So heißt es in dem von den Delegierten beschlossenen Leitantrag: „Markt und Wettbewerb sind die Grundlage für eine Umsetzung auf der Basis der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft". Erfolgreich setzten sich der stellv. MIT-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Energiekommission, Dieter Bischoff, Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Europakommission, Dr. Markus Pieper, MdEP, und MIT-Mitglied Arnold Vaatz, MdB, durch ihre Redebeiträge für eine Antragsergänzung zum EEG ein. Für die MIT sind vertretbare Energiepreise und eine sichere Grundlastversorgung die Grundbedingungen der Energiewende.

Am Parteitagsstand der MIT (v.l.n.r.): Hans-Dieter Lehnen, Peter Jungen, Dr. Josef Schlarmann, Christian Freiherr von Stetten, MdB, und PKM-Geschäftsführer Philipp Birkenmaier

Eine weitere Kernforderung der MIT, den Mittelstand nicht noch stärker zu belasten und eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer entschieden abzulehnen, wurde von den Delegierten des 25. CDU-Parteitags angenommen. Ebenso begrüßt die MIT den Beschluss, dass sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zeitnah mit der Rücknahme der vorgezogenen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge beschäftigen soll. Die MIT fordert die Bundestagsfraktion auf, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzesentwurf einzubringen, welcher die zum Jahr 2006 eingeführte Vorfälligkeit rückgängig macht.

Landesgeschäftsführer-Treffen in Düsseldorf

Die MIT-Landesgeschäftsführer trafen sich in Düsseldorf, um erste Vorbereitungen für das anstehende Wahlkampfjahr 2013 und die Bundesdelegiertenversammlung am 11. und 12. Oktober 2013 in Braunschweig zu besprechen. Für die MIT-Bundesgeschäftsstelle nahmen Hans-Dieter Lehnen, Astrid Jantz, Jan Salzmann und Alexander Schaub an dem Treffen teil. Weitere Themen waren der CDU-Bundesparteitag, die inhaltliche und organisatorische Aufstellung der MIT-Landesverbände sowie das Thema Neue Medien.

Die MIT-Landesgeschäftsführerkonferenz zu Gast in der Düsseldorfer Parteizentrale der CDU NRW (v.l.n.r.): Berthold Jost, Astrid Jantz, Stefan Simmnacher, Meike, Kemper, Tobias Schmidt, Nadine Kober, Dieter Weber, Hans-Dieter Lehnen und Eva-Maria Sieringhaus

Neuorientierung in der Entwicklungs-Zusammenarbeit

Die Internationale Kommission des MIT-Bundesvorstands unter dem Vorsitz des stellv. MIT-Bundesvorsitzenden Frank Gotthardt und Bundesvorstandsmitglied Judith Helfmann-Hundack war kürzlich zu Gast bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Eschborn. In einem Gespräch mit der GIZ-Vorstandssprecherin Tanja Gönner informierte sich die Kommission über die Aufgaben der staatlichen Entwicklungszusammenarbeitsorganisation. Der aus der Verschmelzung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) und dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) hervorgegangenen Organisation kommen zahlreiche Aufgaben zu. Dazu gehören u.a. Beratungsangebote, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, Finanzierungsbeiträge, Entwicklungsleistungen und der Aufbau und die Förderung von Projektträgern. In ihrem Vortrag betonte Tanja Gönner, dass die GIZ einen besonderen Schwerpunkt u. a. darin sieht, die Interessenlage der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen. Auf der Sitzung verabschiedete die Kommission ein Positionspapier zur „Kooperation von Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit“, das auf der Internetseite der MIT einsehbar ist.

Diskussion über die Ausrichtung von Entwicklungspolitik (v.l.n.r.): Tanja Gönner und Frank Gotthardt

MIT und MU in den sozialen Netzwerken

MIT

Internet: www.mittelstand-deutschland.de
facebook: www.facebook.com/MITbund
youtube: www.youtube.com/MITpodcast
twitter: www.twitter.com/MIT_bund
flickr: www.flickr.com/mit-bundesgeschaeftsstelle

MU

Internet: www.mu-bayern.de
facebook: www.facebook.com/mittelstandsunion
xing: www.xing.com/net/muby
flickr: www.flickr.com/photos/mu-bayern

Mittelständler für Versuch mit „Öko-Kombis“

Die MIT im Rhein-Kreis Neuss ist sich einig: Der Feldversuch mit Lang-Lkw muss sein

Die MIT Rhein-Kreis Neuss spricht sich dafür aus, dass sich NRW an einem Feldversuch zum Einsatz von Lang-Lkw beteiligt. Im Nachbarland Holland kommt der Lang-Lkw mit einem max. Gesamtgewicht von 44 Tonnen bereits zum Einsatz. Nachdem dort der Feldversuch erfolgreich abgeschlossen wurde, fahren bereits 600 der sogenannten „Öko-Kombis“ auf holländischen Straßen. Auf einer Sitzung des Arbeitskreises Logistik der MIT Rhein-Kreis Neuss zusammen mit dem ehemaligen NRW-Verkehrsminister und heutigem parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion NRW, Lutz Lienenkämper wurde ein entsprechendes Positionspapier erarbeitet.

MIT im Gespräch mit Peter Altmaier

Auf der Mitgliederversammlung der MIT Saarland wurde Bernd Wegner, MdL, als MIT-Landesvorsitzender mit großer Mehrheit bestätigt. Bei der Veranstaltung unterstrich Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer in ihrer Rede die Bedeutung einer starken und leistungsfähigen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung innerhalb der Union. Tobias Hans, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU- Landtagsfraktion, sah in der MIT „die starke Stimme“ aus der Mitte der CDU. Aktuelles Schwerpunktthema des Mittelstandstages war die Energie. Mit Bundesumweltminister Peter Altmaier war es der MIT gelungen, den derzeit sicher gefragtesten Entscheider zu diesem Thema als Hauptreferent zu gewinnen. Der Landesvorsitzende Bernd Wegner und der Kreisvorsitzende Stefan Thum moderierten die Talkrunde und formulierten die Zuversicht als Ergebnis des Abends: „Mit der von Peter Altmaier gezeigten Energie erscheint die Energiewende trotz der Größe der Aufgabe für Deutschland machbar.“

„EIN STARKES BAYERN BRAUCHT EINEN STARKEN MITTELSTAND“

Mehr als 350 Delegierte und Gäste der Mittelstands-Union (MU) trafen sich zum Bayerischen Mittelstandstag in Coburg. Unter dem Motto „Starke Perspektiven für den Mittelstand“ zeigte die Landesversammlung der MU einmal mehr die elementare Rolle des Mittelstandes für die bayerische und deutsche Wirtschaft.

Über 350 Delegierte und Gäste kamen zum Bayerischen Mittelstandstag nach Coburg in den Bundestagswahlkreis des MU-Landesvorsitzenden Hans Michelbach

„Für die mittelständische Wirtschaft ist die christlich-liberale Koalition ein Segen“, stellte der MU-Landesvorsitzende Hans Michelbach zum Auftakt der Landesversammlung fest. „Deutschland ist trotz Euro-Krise die Wachstumslokomotive in Europa, mit 41 Millionen Arbeitnehmern haben wir 2011 und 2012 die höchste Erwerbstätigkeit erzielt, die Koalition hat seit 2009 Entlastungen in Höhe von 40 Milliarden Euro durchgesetzt und den Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung auf unter 40 Prozent gesenkt“, lautete Michelbachs Fazit.

Rot-grüne Schuldenbarone

Zugleich hob er die Leistung des Mittelstandes bei der Verbesserung der Beschäftigungslage in Deutschland hervor. Allein im vergangenen Jahr habe der Mittelstand fast eine Million neuer Jobs geschaffen, während die Großunternehmen Personal angebaut hätten. „Das deutsche Jobwunder, ist vor allem ein Jobwunder des Mittelstands“, betonte der MU-Chef.

Scharf attackierte er SPD und Grüne. Die rot-grünen Steuer- und Rentenpläne seien ein „Anschlag auf Leistungsbereitschaft, Wachstum und Arbeitsplätze“. Ein Bundeskanzler Steinbrück mit einem Finanzminister Trittin wären ein Schaden für Land und Arbeitsplätze „Dieses Duo infernale würde nicht mal eine Legislaturperiode brauchen, um unser Land zu ruinieren. Diese rot-grünen Schuldenbarone dürfen keine Macht bekommen. Diese Leute sind zu allem fähig, aber zu nichts zu gebrauchen“, kritisierte Michelbach.

Missgunst-Blockade beenden

Er forderte SPD und Grüne zudem in scharfer Form auf, ihre „Blockade der Missgunst gegen Steuerentlastungen“ im Bundesrat aufzugeben. Mit ihrer „verantwortungslosen Blockadepolitik“ verhindere Rot-Grün Entlastungen in Höhe von 20 Milliarden Euro, die Menschen, Betrieben und Kommunen zugute kommen könnten. „Rot-Grün muss den Weg frei machen für die Anhebung des steuerfreien Existenzminimums, die schrittweise Beseitigung der kalten Progression und die Förderung energetischer Gebäudesanierungen“, verlangte der Sprecher des bayerischen Wirtschaftsflügels.

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (links) hob die Bedeutung des Mittelstands für sein Land hervor und lobte die Arbeit der MU unter ihrem Landesvorsitzenden Hans Michelbach

Bei den Wahlen im nächsten Jahr in Bayern und im Bund geht es nach seinen Worten darum, ob Deutschland den erfolgreichen Kurs der Sozialen Marktwirtschaft für mehr Wachstum und Arbeitsplätze, sozialen Ausgleich, Stabilität und Konsolidierung fortsetzen kann oder ob eine Linkskoalition mit ihrem Schulden-Sozialismus dem Land ein Programm für höhere Steuern und Abgaben, mehr Staatsverschuldung und mehr Arbeitslosigkeit aufzwingen.

Der MU-Vorsitzende unterstrich zudem die Notwendigkeit weitgehender Reformen der Europäischen Zentralbank (EZB) und eine Korrektur der Pläne für eine EU-Bankenaufsicht. „Alte Fehlkonstruktionen müssen korrigiert und neue verhindert werden", sagte er. Dazu gehöre auch der Fehler der Anfangstage, dass jedes Land im EZB-Rat unabhängig von seiner Größe lediglich über eine Stimme verfügt. Dies müsse beseitigt werden. Ferner müsse eine Sperrminorität eingeführt und jeder Form der Staatsfinanzierung durch die EZB mit einem Verbot von Staatsanleihekäufen „für alle Zukunft ein Riegel vorgeschoben werden", betonte Michelbach.

Absage an Schwarz-Grün

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsidenten Horst Seehofer hob als Gastredner die große Bedeutung des Mittelstandes für Bayern hervor. „Ein starkes Bayern braucht einen starken Mittelstand", betonte er. Ein gutes Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft sei wichtig für die Entwicklung des Landes. „Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts". Für die CSU seien die Wirtschaftspolitik und die Bildungspolitik zwei ganz zentrale Themen, da sie für zukünftige Generationen etwas Nachhaltiges schafften.

Er warnte vor den Folgen einer rot-grünen Steuer- und Wirtschaftspolitik. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftssteuer werde zu einer Zerstörung von Familienbetrieben führen. Einer schwarz-grünen Koalition erteilte Seehofer eine klare Absage. Unabhängig vom jeweiligen Spitzenpersonal, gebe es zwischen Union und Grünen zu gravierende Unterschiede.

Zehn mittelständische Betriebe aus den jeweiligen Bezirksverbänden wurden mit dem Mittelstandspreis ausgezeichnet

Im Anschluss an die beiden Reden, wurden zehn mittelständische Betriebe aus den jeweiligen Bezirksverbänden mit dem Mittelstandspreis ausgezeichnet. Die Preisträger wurden für Leistungen geehrt, die exemplarisch für den bayerischen Mittelstand stehen: Wirtschaftlicher Erfolg, soziales Engagement, Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in den Regionen und Nachhaltigkeit.

In der anschließenden Neuwahl wurde der bisherige Vorsitzende, Dr. h.c. Hans Michelbach mit einem überwältigenden Ergebnis von 96 Prozent erneut zum Vorsitzenden gewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Peter Götz, Bernhard Kösslinger, Thomas Schmatz und Sandra Schnarrenberger gewählt.

Klaus Dieter Breitschwert verabschiedete sich nach 39 Jahren als stellvertretender Landesvorsitzender aus dem MU-Landesvorstand. 20 Jahre kämpfte er als Landtagsabgeordneter mit Herzblut für die Interessen des Mittelstandes. Für sein langjähriges Engagement für die MU wurde Breitschwert zum Ehrenvorsitzenden der Mittelstands-Union ernannt.

Klaus Dieter Breitschwert (links) wurde nach 29 Jahren als stellv. MU-Landesvorsitzender von Hans Michelbach verabschiedet

Mit Angela Merkel aus der Krise

Die Arbeit der Bundeskanzlerin und die richtigen Strategien für Europa standen im Mittelpunkt der Diskussion bei einem Unternehmergespräch der MIT im Kreis Ludwigsburg. Dabei stärkte der Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger der Parteichefin den Rücken: „Die CDU kann mit Frau Merkel an der Spitze mithelfen, Europa aus der Krise zu führen.“ Bilger sieht keinen Anlass für hektischen Populismus. Das gelte auch für die Entwicklung in Griechenland. „Es macht keinen Sinn, einen übertriebenen Druck aufzubauen. Kritisch hinterfragt wurde, was geschehe, wenn sich die Krise auch in Spanien, Portugal, Italien oder gar Frankreich verschärfe. Bilger verwies in diesem Zusammenhang auf die gute Lage in Deutschland. Die Belastbarkeitsgrenze, so der CDU-Abgeordnete, sei allerdings erreicht: „Gerät Deutschland in eine erneute Krise, wird es kritisch.“

MIT Tönisvorst ehrt Unternehmer

Die MIT Tönisvorst verlieh zum 6. Mal den MIT-Preis an einen Unternehmer für sein herausragendes Engagement. Diesmal ging der Preis an das Unternehmen van Geffen Bedachungen GmbH. Gegründet wurde das Unternehmen im Jahre 1933 von dem Großvater Jakob van Geffen. Später übernahm Klaus van Geffen den Betrieb. Das Thema Nachwuchs spielt dort eine große Rolle. So werden jedes Jahr Auszubildende eingestellt, um sie später möglichst auch zu übernehmen. Klaus van Geffen engagiert sich im Innungsvorstand und ist als Lehrlingswart aktiv.

Preisübergabe an einen erfolgreichen Unternehmer (v.l.n.r.): Maik Giesen (stellv. MIT-Vorsitzender), Regina Bormann, Elke Stiegen (MIT-Vorsitzende), Klaus und Diana van Geffen sowie Vize-Landrätin des Kreises Viersen, Luise Fruhen

Öffentliche Vorstandssitzung

Kürzlich fand in der Humboldt Box in Berlin Mitte die erste öffentliche Landesvorstandssitzung der MIT statt. Als besonderen Gast begrüßten die über siebzig Anwesenden die Berliner Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer, die einen Einblick in die ersten zwei Monate ihrer neuen Aufgabe gab. Frau Yzer zeigte sich bei der Beantwortung der Fragen aus dem Publikum als kompetente Ansprechpartnerin. Im Anschluss gab es Gelegenheit mit Frau Yzer persönlich ins Gespräch zu kommen und auf die drängendsten Probleme der kleinen und mittelständischen Unternehmen hinzuweisen.

Der MIT-Landesvorsitzende Martin Sattelkau (Foto rechts) dankte Senatorin Cornelia Yzer (Foto links) für ihre Gesprächsbereitschaft und das zugesicherte Engagement im Interesse des Mittelstandes

Wie gut ist unser Nachwuchs?

In einer öffentlichen Podiumsdiskussion diskutierte die MIT Main-Taunus zusammen mit dem Schuldezernenten des Main-Taunus-Kreises, Wolfgang Kollmeier, dem DGB-Jugendbildungsreferenten Tobias Huth und Frederic Schneider von der Jungen Union Main-Taunus zur Ausbildungsplatzsituation im Main-Taunus-Kreis. Der MIT-Vorsitzende Dr. Bock wies in seiner Einführung darauf hin, dass der Mittelstand maßgeblichen Anteil an der Ausbildung von Jugendlichen in unserem Land habe, gleichzeitig aber zunehmend mit dem Problem konfrontiert werde, freie Ausbildungsplätze nicht besetzen zu können. Schuldezernent Kollmeier zeigte auf, dass immer noch zu viele Jugendliche „auf der Strecke bleiben“ und dass nur ein vielfältiges Schulsystem fit für eine Ausbildung machen könne.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT Niedersachsen

Die MIT trauert um Andreas Grisar, der nach einer schweren Krankheit seinen Leiden erlag. Grisar war stellv. Landesvorsitzender der MIT Niedersachsen und Kreisvorsitzender der MIT Osnabrücker Land. Für die Interessen des Mittelstandes setzte er sich darüber hinaus in seiner Funktion als Mitglied des Georgsmarienhütter Rates ein. Als studierter Volkswirt und Prokurist eines Entsorgungsunternehmens hatte er stets einen klaren Blick für die Fakten.

MIT Hamburg

Der Unternehmer und Bürgerschaftsabgeordnete Hjalmar Stemmann wurde bei der Mitgliederversammlung der MIT Hamburg mit rund 93 Prozent in seinem Amt als MIT-Landesvorsitzender bestätigt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Christine Ström (Pressesprecherin) sowie die beiden Hamburger Rechtsanwälte Roger Zörb und Dittmar Lemke gewählt. Schatzmeister bleibt Dr. Philipp Steinwärder. „Dass mit mir auch die weiteren Vorstandsmitglieder sowie 12 Beisitzer gewählt wurden zeigt das Vertrauen in unsere Arbeit und ermöglicht ihre kontinuierliche Fortsetzung“, so Hjalmar Stemmann. „Wir sind die Stimme der Wirtschaft in der Hamburger CDU und werden uns weiterhin aktiv in die Partei einbringen.“

Der neue geschäftsführende Vorstand der MIT Hamburg (v.l.n.r.): Dittmar Lemke, Hjalmar Stemmann, Christine Ström, Roger Zörb und Philipp Steinwärder

MIT Bremen Stadt/Bremen Nord

Der Vorstand des MIT Landesverbands Bremen hat einstimmig entschieden, den MIT Kreisverband Bremen-Stadt/Bremen-Nord wieder „zu beleben“. Als Mitglieder des Interims-Kreisvorstands wurden Kai Stadie als Vorsitzender und Marcus Neuhaus als stellv. Vorsitzender benannt. Im ersten Quartal 2013 soll die Wahl des neuen Kreisvorstandes formal erfolgen.

MIT Dresden

Die MIT Dresden würdigte auf ihrer Mitgliederversammlung die erfolgreiche Arbeit des Kreisvorstandes in den vergangenen zwei Jahren: Einstimmig wurde Patrick Schreiber MdL als Vorsitzender im Amt bestätigt, ebenso Schatzmeister Gerd Pommerening. Christa Müller und Axel Teuber wurden als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt, neuer dritter Stellvertreter ist Frank Schröder. Der Vorstand wird komplettiert durch acht Beisitzer: Desdemona Bock, Ingo Flemming, Prof. Dr. Hilmar Fuchs, Hans-Joachim Hönig, Norbert Müller, Mario Schmidt, Katharina Tarnawski und Agata Tomczak.

Der neu gewählte Dresdner MIT-Vorstand

MIT Meppen

Günter Reisner wurde erneut zum Vorsitzenden der MIT Meppen gewählt. Den weiteren Vorstand bilden Rolf Augustin und Thomas Kassens (stellv. Vorsitzende), Schatzmeister Jürgen Berger und Schriftführer Carsten Grommel. Die Beisitzer Hubert Brandewiede, Ute Cordes, Wolfgang Dreyer, Arno Fillies, Uwe Kestel, Birgit Kleine, Reinhard Plagge, Josef Rosche und Ralf Schulte komplettieren das Gremium. In seinem Rückblick konnte der Vorsitzende eine beachtliche Bilanz präsentieren: „Wir haben in den vergangenen zwei Jahren 93 neue Mitglieder geworben und damit mehr als jeder andere Kreisverband in Deutschland.“ Mit 446 Mitgliedern ist die MIT Meppen der zweitgrößte Kreisverband in Niedersachsen und der sechstgrößte in Deutschland.

Der MIT-Vorsitzende Günter Reisner (6.v.r.) bei einem Betriebsbesuch der MIT Meppen

BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

Ja, ja Europa – was können wir uns freuen, dass wir alle den Friedensnobelpreis bekommen haben – die Preisverleihung fand in Oslo der Hauptstadt eines Landes statt, dessen Bevölkerung schon zweimal den Beitritt zur EU abgelehnt hat! Nein ich bin nicht soweit wie Henryk M. Broder der sagt: „Die EU löst keine Probleme, sie ist ein Problem!“ Und es tut mir auch weh, wenn mein alter Freund Herbert Reul, in seiner Zeit als Generalsekretär der CDU-NRW durfte ich an seiner Seite in NRW arbeiten, heute als Vorsitzender der mächtigen CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament – jetzt in diesem Magazin auf Seite 11 über die anstehende „dritte industrielle Revolution in Europa“ schreibt. Soweit bin ich noch nicht! Gerade musste ich meine Wohnung mit teuren, ja sogar gefährlichen, Sparlampen illuminieren, jetzt geht es in Brüssel an das nächste Projekt „Wasser sparen“, und ich bin mal gespannt, welches weitere Musterstück dirigistischer Planwirtschaft dann auf uns zukommt?

Auf meiner Werkbank liegt der beschlossene Jahresterminplan unserer MIT für 2013. Dieses Jahr 2013 ist gekennzeichnet durch die diversen Wahlen auf Landesebene und im Bund. Bei diesen Wahlen wird unsere MIT deutlich machen – was es heißen könnte, wenn Rot-Grün mit der Regierungsverantwortung in unserem Land beauftragt würde. Trotz aller augenblicklichen positiven Umfragen – wir müssen bis zum letzten Wahltermin um „jede Stimme“ ringen! Ende Februar werden wir den „Deutschen Mittelstandspreis“ an drei Mittelständische Unternehmer verleihen.

Ich wollte die Baustelle bereits schließen, als mir die neue Stromrechnung ins Haus flatterte. Als ich sie ausnahmsweise lesen wollte – erinnerte ich mich an unseren Altkanzler Helmut Schmidt. Auch der hatte erhebliche Probleme, seine Stromrechnung zu verstehen! Also war ich ja in bester Gesellschaft. Ich zahle nun eine „ § 19 Strom NEV-Umlage“, scheinbar zahle ich auch eine KWK-G-Umlage, zusätzlich bin ich aufgefordert, eine EEG-Umlage zu zahlen! Ja, dann durfte ich noch entdecken, dass eine Offshore-Haftungsumlage erhoben wird, die die Risiken bei der Anbindung von Offshore-Windparks an das Stromnetz absichern soll! Zum Schluss darf ich noch Umsatzsteuer und eine Konzessionsabgabe – und Sie glauben es nicht, eine „Stromsteuer“ bezahlen! Ob man so wirklich die Bevölkerung für Energiewende begeistern kann? Ich habe da erhebliche Zweifel!

Zur allergrößten Baustelle Berlins will ich nur so viel sagen, bzw. singen: *„Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!“*

Apropos singen – kennen Sie den, frei nach „Marmor, Stein und Eisen bricht“?

Weine nicht, wenn er Reden hält,
damm, damm
es gibt keinen, der zu Dir hält,
was dann, was dann?
Marmor, Stein und Eisen bricht,
aber unsere Angie nicht.
Alles, alles bleibt dabei
und wir sind ihr treu.

Peer verprellt die Wähler-Welt,
wa-rum, wa-rum?
weil er nur die Hand aufhält,
da-rum, da-rum!
Marmor, Stein und Eisen bricht,
nur nicht unsre Zuversicht.
Alles, alles geht vorbei
auch die Steinbrück-Rederei.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM Mittelstands Magazin

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Clipdealer.de

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen I, II, VI , VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261/394 953 36, Fax 0261/394 953 37

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431/ 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
CW Niemeyer Druck GmbH
Böcklerstraße 13, 31789 Hameln

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt:
GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

ANZEIGE

KOHLDAMPF

Zeit für bodenständige Produkte
und Raffiniertes aus der Sterneküche
mit 40 verständlichen Rezepten
zum einfachen Nachkochen
Einkaufs-Tipps und
Wissenswertes über die hohe Qualität
unserer heimischen Produkte

Aufgeklebt auf eine Postkarte oder im Briefumschlag bitte senden an:

Verlag Sylt Magazin und die insel
24259 Westensee
Gärtnerkoppel 3

Bestellung

Ich bestelle ein Ex. des Buches ***Rund um den Kohl*** zum Preis von 10,- Euro inkl. Porto und Verpackung. (96 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen)

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Datum _____ Unterschrift: _____

Vertrauen ist die beste Basis für Entscheidungen. Mein Vertrauen gehört meiner Steuerberaterin.

Als Unternehmer tragen Sie viel Verantwortung. Gut, wenn man da einen Partner hat, auf den man sich in jeder Situation verlassen kann: Ihren steuerlichen Berater. Er unterstützt Sie bei allen betriebswirtschaftlichen Fragen und in der Personalwirtschaft. Mehr Infos bei Ihrem Steuerberater oder unter Tel. 0800 1001116.

www.datev.de/vertrauen

Film ansehen

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Auf der **CeBIT**, 05.–09.03.2013
Halle 2, Stand A54